
E. Erfahrungen, Erkenntnisse und Empfehlungen der Enquete-Kommission

Die Aufgabe der Enquete-Kommission bestand im wesentlichen in der kritischen Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur und ihrer Folgen in Deutschland – mit dem Ziel, historisch-politische Entwicklungen, Hintergründe und Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen im Hinblick auf die Gegenwart zu klären, daraus Erkenntnisse für die Politik der inneren Einheit zu gewinnen und Empfehlungen zu erarbeiten, wie mit den Erblasten der DDR-Vergangenheit umgegangen werden soll. Dabei hatte sich die Enquete-Kommission Maßstäbe für die eigene Urteilsbildung zu schaffen.

Ohne Zweifel hätte es die Enquete-Kommission überfordert, wenn von ihr eine umfassende Geschichtsschreibung erwartet worden wäre. Diese muß ohnehin Sache der Historiker bleiben. Auch wäre für eine solche Aufgabe die verfügbare Zeit viel zu kurz gewesen. Zwischen der Konstituierung der Enquete-Kommission und der Vorlage ihres Berichts im Deutschen Bundestag lag eine Zeitspanne von 27 Monaten. Ihre Erkenntnisse und Ergebnisse können deshalb nur als vorläufig betrachtet werden. Die Untersuchung der Geschichte der SED-Diktatur durch die Enquete-Kommission sollte allerdings auch der historischen Forschung Impulse vermitteln und der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer Aufarbeitung der deutschen Teilung und der Geschichte der zweiten deutschen Diktatur bewußt machen.

1. Erinnern als Lernprozeß

Als besonders eindrucksvoll erwiesen sich im Verlauf der Arbeit die Begegnungen mit Zeitzeugen vornehmlich aus den neuen Bundesländern. Ihre Befragung ließen Anhörungen in der Kommission gelegentlich zu Lehrstunden werden, in denen Ost und West aus ihren grundverschiedenen Lebenserfahrungen lernen konnten. Die einmalige und insofern unwiederbringliche Chance lag darin, wichtige Zeitzeugen noch aus ihrem unmittelbaren Erleben, ohne zeitbedingte Erinnerungsschwächen, zu hören. Im Diskurs unterschiedlicher Ost/West-Erfahrung konnte so ein genaueres Bild vom Leben in der DDR entstehen, zumal Menschen aus vielen Schichten zu Wort gekommen sind: Männer und Frauen aus der Arbeiterschaft wie aus der bäuerlichen Bevölkerung, aus Bildung und Wissenschaft sowie aus der Politik, Künstlerinnen und Künstler.

Dabei war sich die Enquete-Kommission stets bewußt, daß die historisch-politische Aufarbeitung der SED-Diktatur auf eine ungleiche Betroffenheit der west- und der ostdeutschen Bevölkerung, der Menschen in den alten und neuen Bundesländern trifft. Während an die Westdeutschen, die von der SED-Diktatur zumeist nicht existenziell berührt waren, kaum kritische Fragen gestellt werden, sehen sich viele Ostdeutsche in einer Situation

der Selbstrechtfertigung. Historisch-politische Aufarbeitung ist somit kein „bruchlos“ gesamtdeutsches Unternehmen. Die Enquete-Kommission macht vielmehr auf die Gefahr aufmerksam, daß durch verständnislose, unsensible „Vergangenheitsbewältigung“ gegenseitige Vorurteile unter den Deutschen in Ost und West wiederaufleben oder neu entstehen können.

Deshalb muß eine sinnvolle Aufarbeitung der Geschichte ebenso behutsam wie feinfühlig auf die Bewußtseinslage der Menschen reagieren, die unter der zweiten Diktatur zu leben oder sogar zu leiden hatten und die heute vor der Notwendigkeit stehen, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und neu zu orientieren. Im Kontext dazu sehen sich die historische, die sozial- und die rechtswissenschaftliche Forschung vor der diffizilen Aufgabe, die mannigfachen Verhaltensweisen der Menschen im „real existierenden Sozialismus“ zu analysieren und zu ergründen, um ihnen so gerecht zu werden. Pauschalurteile wirken kontraproduktiv und verfestigen Vorurteile. Das haben auch die Anhörungen und Befragungen durch die Enquete-Kommission bestätigt.

In welchem Ausmaß haben die Menschen in der DDR unter der Diktatur der SED gelitten und diese ertragen? Inwieweit haben sie sich auch mit ihr arrangiert, sie im Glauben an den Sozialismus oder aus anderen Motiven unterstützt? Wer von ihnen hat ihr in verschiedener Weise, gelegentlich oder stetig, zu widerstehen versucht? Wer hat mit Rat und Tat Ungerechtigkeiten in Staat und Gesellschaft abgewehrt oder gegen sie opponiert? Inwieweit waren im Jahre 1945 bei dem Wechsel aus einer Diktatur in eine andere schon entsprechende Mentalitäten vorgeformt? Wer glaubte in der DDR an die Möglichkeit, das System von innen heraus zu verbessern, zu erneuern oder einen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus finden zu können?

Solche und ähnliche Fragen sind in der Enquete-Kommission gestellt worden. Aus verständlichen Gründen konnten bei weitem nicht alle beantwortet werden. Es bleibt dem Urteil der Betroffenen vorbehalten, ob und inwieweit sie sich dennoch mit dem hier vorliegenden Befund identifizieren können, ob sie sich mit ihrem Wollen und Handeln im Bericht der Enquete-Kommission wiederfinden. Es bedarf künftig einer ebenso systematischen wie einfühlsamen Forschungsarbeit, um die Geschichte der Verhaltensweisen der Menschen unter den Bedingungen der SED-Diktatur in ihrer Kompliziertheit und Vielschichtigkeit aufzuarbeiten.

2. Zum Begriff der Diktatur

Unstrittig war bei allen Mitglieder der Enquete-Kommission – ausgenommen die Vertreter der Gruppe der PDS/LL – die Auffassung, daß sich die Diktatur der SED entgegen der Legendenbildung zu keiner Zeit ihrer Existenz auf den

Willen einer Mehrheit in der Bevölkerung der DDR stützen konnte. Wäre das anders gewesen, hätte die SED bei den neun Wahlen zur Volkskammer, die unter ihrer Herrschaft in der DDR durchgeführt wurden, allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts zugestehen können, wie dies in Artikel 51 der ersten DDR-Verfassung übrigens zwingend vorgeschrieben war. Die SED scheute jedoch ein demokratisches Votum. Das Volk hatte zu keiner Zeit die Möglichkeit einer alternativen Entscheidung. Daher war die DDR in allen ihren Entwicklungsphasen bis zum Sturz Erich Honeckers ein Staat ohne demokratische Legitimation. In keiner Anhörung oder Beratung der Enquete-Kommission sind an dieser Auffassung jemals Zweifel geäußert worden.

Unter dieser Voraussetzung ist es eine zutreffende Beurteilung, wenn man – wie die Enquete-Kommission das unmißverständlich getan hat – die Herrschaft der SED uneingeschränkt als Diktatur kennzeichnet. Schließlich hat die SED selber ihr Regime seit Mitte der 50er Jahre als Diktatur bezeichnet – als „Diktatur des Proletariats“, die sich allerdings de facto zu jeder Zeit als Diktatur der SED-Politbürokratie erwiesen hat. Daher war es durchaus folgerichtig, daß die SED, als am 18. März 1990 erstmals in der DDR freie Wahlen zur Volkskammer möglich geworden waren, in den Rang einer kleinen Minderheitspartei zurückfiel, auch wenn sie sich inzwischen in die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) umbenannt hatte.

An das Fehlen demokratischer Legitimation der SED-Diktatur ist auch deshalb zu erinnern, weil der Behauptung in dem Sondervotum des Vertreters der Gruppe PDS/LL, Dr. Dietmar Keller, zu diesem Bericht, widersprochen werden muß, beide deutschen Staaten und ihre Entwicklungswege seien „historisch wie völkerrechtlich, moralisch wie politisch“ gleichermaßen „legitim“ gewesen.

Im übrigen kann auch die sonst in dem Sondervotum versuchte verharmlosende Darstellung der SED-Politik und der Lebenswirklichkeit der DDR nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Soweit in dem Votum Kritik an der Arbeit der Enquete-Kommission geäußert wird, läßt es zwar Ansätze zu einer differenzierten Auseinandersetzung erkennen, aber noch deutlicher wird sichtbar, daß das sich dort abzeichnende Geschichtsbild dazu dienen soll, Existenz und Politik der PDS zu rechtfertigen.

3. *Weitere Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit*

Es steht außer Zweifel, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Herrschaft noch immer in den Anfängen stecken, die begonnene Arbeit also angemessen weitergeführt werden sollte. Außerdem ist zu beachten, daß es bereits Ansätze zur Verdrängung historischer Erfahrungen bis hin zur Legendenbildung gibt.

Solchen Tendenzen in der öffentlichen Meinung kann nur durch die weitere intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit begegnet werden.

Ein im öffentlichen Bewußtsein verankerter antitotalitärer Grundkonsens ist wesentlich für die Demokratie in Deutschland. Er schließt eine historisch fundierte Beurteilung der SED-Diktatur ein. Eine Aufarbeitung, die die Realitäten aufdeckt, die Verantwortlichkeiten benennt und so den Erfahrungen der Menschen gerecht wird, ist entscheidend für eine demokratische politische Kultur in Deutschland. Wenn die Politik den Rang dieser Aufgabe zur Geltung bringen will, sollte sie sich aus dieser Erinnerungsarbeit nicht zurückziehen.

4. *Aufgaben der Forschung*

Daraus folgt auch, daß die einschlägige zeitgeschichtliche Forschung nicht nur Ländersache sein kann. Sie ist eine gesamtstaatliche Aufgabe im Sinne der inneren Wiedervereinigung und muß als solche auch vom Bund wahrgenommen bzw. gefördert werden. Sie ist eine gesamtdeutsche Aufgabe, in den alten wie in den neuen Bundesländern, wobei es selbstverständlich sein sollte, daß hier nicht diejenigen in erster Linie gefragt sind, die zu Zeiten der DDR als willfährige Gehilfen der SED-Diktatur das Regime historisch gerechtfertigt haben.

Deshalb ist es erforderlich, für die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur und der deutschen Teilung durch die zeitgeschichtliche Deutschlandforschung auch von seiten der Bundesregierung erneut Anstrengungen zu unternehmen und die Ergebnisse dieser Forschung – auch verbunden mit der politischen Bildungsarbeit – der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ebenso legt die Enquete-Kommission der Bundeszentrale und den Landeszentralen für politische Bildung nahe, sich nicht nur verstärkt der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zuzuwenden, sondern auch die Ressourcen der wissenschaftlichen Forschung zu nutzen und zu unterstützen. Insbesondere sind unabhängige Aufarbeitungsinitiativen, die vielfach aus der Bürgerbewegung der DDR entstanden sind, von Bund, Ländern und Gemeinden zu fördern. Sie verfügen oft über wertvolle Archive, die bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte Berücksichtigung verdienen. Die Zusammenarbeit mit den Stiftungen der demokratischen Parteien in der politischen Bindungsarbeit ist zu entwickeln. Die Enquete-Kommission empfiehlt der Kultusministerkonferenz zu erwägen, inwieweit die aktuell genutzten Schulbücher dem Erfordernis einer adäquaten zeitgeschichtlichen Bildung entsprechen. Sie regt an, Empfehlungen zur historischen Behandlung der SED-Diktatur und der deutschen Teilung im Schulunterricht zu erarbeiten.

Die Fortsetzung der historisch-politischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hängt auch vom ungehinderten Zugang zu einschlägigen Archivbeständen

ab. Die Akten der SED, der Blockparteien und Massenorganisationen, der staatlichen Verwaltung – insbesondere der Ministerien für Staatssicherheit und der Justiz, aber auch des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR – müssen der Forschung zur Verfügung stehen. In Fragen der Deutschlandpolitik und der innerdeutschen Beziehungen sind darüber hinaus auch westdeutsche Akten – Akten des Bundes, der Parteien, der Kirchen, der Gewerkschaften u. a. m. – von Bedeutung. Soweit ihrer Benutzung Schutzfristen entgegenstehen, sollten bei der Prüfung von Benutzungsanträgen die Belange der historischen Forschung angemessen gewichtet werden. Für eine fundierte Aufarbeitung der Geschichte der SBZ/DDR und der deutschen Teilung ist insbesondere auch die Auswertung entsprechender Aktenbestände in den Archiven der früheren Sowjetunion und der drei westlichen Statusmächte von großer Bedeutung.

5. *Zur moralischen und politischen Verantwortung*

Die vorurteilsfreie historisch-politische Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur besitzt besondere Bedeutung für die innere Einheit des wiedervereinigten Deutschland. Diese setzt in nicht zu unterschätzender Weise das Wissen um die Wirklichkeit in der DDR voraus, weil erst dieses Wissen auch Verständnis für die Menschen schaffen kann, die unter der Diktatur der SED gelebt und gelitten haben. Dieses Verständnis eröffnet die Chance zur Aussöhnung zwischen Opfern und Tätern und ist zugleich eine Voraussetzung für die innere Einheit der Deutschen. Durch die Erfahrungen in der Enquete-Kommission hat die Maxime „Keine Aussöhnung ohne Wahrheit“ an Gewicht zugenommen. Gerade die Opfer des früheren Unrechtsregimes haben ein Recht auf Wahrheit. Erst wenn die Wahrheit offengelegt und Schuld von den Tätern eingestanden ist, kann auch die Versöhnung zur Sprache gebracht werden.

In diesem Zusammenhang erscheint aber andererseits der Hinweis von Gewicht, daß es im Prozeß des Zusammenwachsens und der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands keine pauschale und dauerhafte Ausgrenzung jener geben darf, die seinerzeit in ihren Funktionen an nachgeordneter Stelle an dem diktatorischen System mitgewirkt haben. Auch sie sind aufgefordert, an der Gestaltung des vereinten Deutschland teilzunehmen. Überdies ist zu beachten, daß individuelle Verantwortung grundsätzlich nur durch individuelle Prüfung ermittelt werden kann. Gerade auch die Überprüfungsmöglichkeiten nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sind nicht als gesellschaftliche Diffamierung zu verstehen.

Notwendig ist sowohl die Bereitschaft als auch die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern, frei von Selbstgerechtigkeit und in Würdigung diktaturbedingter Realitäten aufeinander zuzugehen. Politisch Verantwortliche in Bund und Ländern sind aufgerufen zu prüfen, inwiefern

gesetzgeberische und exekutive Maßnahmen, gerade auch im Bereich der Strafverfolgung, den Prozeß des Zusammenwachsens und der Versöhnung fördern helfen könnten.

Selbstverständlich konnte die Enquete-Kommission die strafrechtliche Verantwortlichkeit derer, die sich unter der Diktatur der SED schuldig gemacht haben, nicht bewerten. Das muß dem Urteil unabhängiger Gerichte vorbehalten bleiben. Die Enquete-Kommission hatte nicht den Auftrag, sich mit einzelnen Verantwortungs- und Entscheidungsträgern in der DDR zu befassen; sie sollte Herrschafts- und Gesellschaftsstrukturen transparent machen.

Auf einer anderen Ebene liegt das Problem der politischen und moralischen Verantwortlichkeit, mit dem die Enquete-Kommission während ihrer Tätigkeit wiederholt konfrontiert worden ist. Das Problem, wie direkte und indirekte Verantwortlichkeit differenziert erfaßt und bewertet werden kann, wird nur langfristig zu lösen sein. Denn die Bestimmung von Kriterien für die Verantwortlichkeit von Entscheidungs- und Funktionsträgern der SED-Diktatur ist bei dem noch immer unzureichenden Erkenntnisstand von den Feinstrukturen des Regimes nur begrenzt möglich. Erkennbar ist allerdings, daß ehemalige Entscheidungs- und Funktionsträger dazu neigen, ihre Verantwortung auf übergeordnete Herrschaftsebenen im Partei- oder Staatsapparat abzuschieben oder sich auf sowjetische Weisungen berufen – eine Argumentation, die wegen der Geheimhaltungspraktiken des Regimes und unklarer Kompetenzabgrenzungen nicht einfach zu widerlegen ist.

Festzustellen ist – abgestuft nach der jeweiligen Stellung in Partei und Staat – die Verantwortung oder Mitverantwortung von Personen, die aufgrund eigener Entscheidung als Funktionäre tätig wurden. Verantwortung von Entscheidungs- und Funktionsträgern für die Politik des Regimes ergibt sich ebenfalls daraus, daß sie nicht nur innerhalb ihrer politischen und fachlichen Zuständigkeit für die Diktatur tätig waren, sondern auch als Mitglieder der SED, der Massenorganisationen und der Blockparteien deren Politik insgesamt mitzutragen und zu vertreten hatten. Personen, die sich durch schuldhaftes Verhalten oder ihre Stellung im Machtapparat kompromittiert haben, sind für Führungspositionen im demokratischen Staat und in demokratischen Parteien nicht geeignet. Dieser Grundsatz sollte nicht mit einem Mangel an Bereitschaft zur Versöhnung verwechselt werden.

6. *Die Vergleichbarkeit totalitärer Herrschaftssysteme*

Die Enquete-Kommission setzte einen logischen Schlußpunkt ihrer Tätigkeit, als sie am 3. und 4. Mai 1994 Wissenschaftler und Zeitzeugen zu einer Diskussion über die zwei Diktaturen, die 1933–1945 und 1945–1989 in Deutschland bzw. in seiner östlichen Hälfte historische Realität werden konnten, nach Berlin einlud. Ist ein Vergleich beider Diktaturen wissenschaftlich überhaupt

zulässig? Welche politischen und gesellschaftlichen Kontinuitäten oder Diskontinuitäten lassen sich gegebenenfalls ausmachen? Inwieweit vermag der Begriff des Totalitarismus zur Aufarbeitung der Geschichte beider Diktaturen beizutragen? Welcher politische Stellenwert kommt der historischen Aufarbeitung der Geschichte beider deutscher Diktaturen für die Stabilisierung des demokratischen Selbstbewußtseins und für die Entwicklung einer politischen Kultur in Deutschland heute zu? Solche Fragen waren es, die die letzten Anhörungen der Enquete-Kommission bestimmten.

In der Diskussion zwischen den Professoren Karl Dietrich Bracher, Jürgen Habermas, Klaus Hornung, Eckhard Jesse, Jürgen Kocka, Rainer Lepsius, Sigrid Meuschel, Horst Möller und Wolfgang Schuller sowie nicht zuletzt dem Schriftsteller Jürgen Fuchs wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß ein Vergleich beider Diktaturen zulässig ist. Vergleich bedeutet nicht Gleichsetzung; bei einem Vergleich werden nicht nur Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen, sondern auch Unterschiede und Gegensätzlichkeiten herausgearbeitet. Ein differenzierter Umgang mit dem Totalitarismusbegriff zielt folglich nicht auf die Gleichsetzung des Nationalsozialismus mit dem „real existierenden Sozialismus“. Vielmehr soll in Anknüpfung an die wissenschaftlichen Traditionen von Hannah Arendt und Carl J. Friedrich ein bestimmter Typus politischer Herrschaft gekennzeichnet werden. Auch die Diktatur der SED entsprach wie die NS-Diktatur einem System, das das Individuum und die Gesellschaft ideologisch, politisch und organisatorisch dem Monopolanspruch einer Partei unterworfen hat. Beide Diktaturen waren Feinde der offenen Gesellschaft und damit der freiheitlichen Demokratie. Beide verletzten systematisch Menschen- und Bürgerrechte, beiden fehlte die Begrenzung der Macht durch Recht und Gesetz. Ebenso fehlte ihnen die Absicherung relativ autonomer gesellschaftlicher Teilbereiche und der Schutz des Privaten. Offene oder kaum verschleierte Ein-Partei-Herrschaft, der Ausschließlichkeitsanspruch einer institutionalisierten Ideologie und die Ablehnung von Pluralismus in Staat und Gesellschaft kennzeichneten beide Systeme. Beide Regime setzten moderne Massenbeeinflussungs- und Massenüberwachungsmittel ein, sie negierten die Meinungs- und Versammlungsfreiheit für politisch Andersdenkende, sie tabuisierten oder verfolgten jede Opposition. Beide Systeme wollten die Gesellschaft umgestalten und den „neuen Menschen“ erziehen – allerdings mit sehr unterschiedlichen Zielen, Methoden und Folgen.

Neben gleichartigen Merkmalen der „modernen Diktatur“ zeichnen sich aber auch wesentliche Unterschiede ab. Mit Recht wurde in der Berliner Anhörung hervorgehoben, daß es in der DDR systematischen, staatlich sanktionierten Massenmord, der auch nur entfernt der nationalsozialistischen Vernichtung der Juden und anderer als „volksfremd“ oder „rassisch minderwertig“ erklärter Minderheiten geähnelt hätte, nicht gegeben hat. Von der DDR ist auch kein Krieg ausgegangen, der auf die Eroberung von „Lebensraum“ und die

Vernichtung oder Versklavung als minderwertig definierter Völker gerichtet war. Was die NS-Diktatur noch auf Generationen hinaus zu einer ungetilgten Erblast macht, hat es in der SED-Diktatur nicht gegeben. Gleichwohl ist der Totalitarismusbegriff, davon hat die Anhörung der Enquete-Kommission überzeugt, auch für die Gegenwart durchaus brauchbar – und zwar nicht nur als erkenntnistheoretisches Instrument, sondern auch als kritischer Maßstab gegenüber „totalitären Versuchungen“, gegen die selbst eine stabile Demokratie nicht von vornherein gefeit ist.

Für die Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur sind die Erfahrungen, die bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gesammelt wurden, auch insoweit relevant, als sie einen schwierigen, langwierigen Prozeß der Bewußtseinsbildung und der öffentlichen Meinungsbildung erwarten lassen, der keineswegs nur auf der Grundlage von Akten und Archivalien entwickelt werden kann. Aufarbeitung so verstanden bedarf eines Klimas persönlicher Identifikation und kritischer Distanzierung. Zur Stabilisierung demokratischen Selbstbewußtseins und zur Entwicklung der politischen Kultur kann ein solcher „Lernprozeß“ beitragen, indem er durch die Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen auf deutschem Boden den Blick für die Überlegenheit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates schärft und über die Grenzen der demokratischen Parteien hinweg das stiftet, was in der Anhörung der Enquete-Kommission „antitotalitärer Konsens“ genannt wurde.

7. Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung

Viele Erfahrungen aus der DDR-Vergangenheit gilt es für die Zukunft zu bewahren. Zum historischen Erbe der ehemaligen DDR gehören nicht nur Verhaltensweisen wie Anpassung an die alltäglichen Zwänge der Diktatur, Mitläufertum und Opportunismus aus Mangel an Zivilcourage. Dazu gehören auch Solidarität, Selbstbehauptung, widerständiges und oppositionelles Verhalten bis hin zur Rückbesinnung der Menschen auf den „aufrechten Gang“ im revolutionären Herbst 1989. Die Erinnerung an die SED-Diktatur ist nicht nur eine Mahnung, in Deutschland niemals wieder den Irrweg einer totalitären Herrschaft zu beschreiten. Die Erinnerung an ihren Sturz durch die – in der deutschen Geschichte beispiellose – erfolgreiche demokratische Revolution des Herbstes 1989 ist vielmehr zugleich identitätsstiftend für das vereinte Deutschland. Schließlich waren es die Demonstrationen in Leipzig, Berlin und anderen Städten, in denen die Menschen unter der selbstbewußten Losung „Wir sind das Volk“ auf die Straße gingen und die Diktatur der SED in ihrem Fundament erschütterten – bis zuletzt die Losung umschlug in das Bekenntnis „Wir sind ein Volk!“. Ohne diese revolutionäre Bewegung wäre die Politik der Wiedererlangung der Einheit Deutschlands nicht möglich geworden. Es wird eine Aufgabe bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit bleiben,

diese Erinnerung dem Selbstverständnis der Deutschen – aller Deutschen – als unveräußerlichen Bestandteil einzufügen.

Wenn andernorts hervorgehoben wurde, daß die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit hauptsächlich die Menschen im ehemaligen sozialistischen Staat deutscher Nation berührt, so heißt dies keineswegs, daß die Bürger in der alten Bundesrepublik kaum oder gar nicht davon betroffen wären. Das Gegenteil ist richtig:

„Sie sollen sagen,“ – so hat Jürgen Fuchs in der letzten Anhörung der Enquete-Kommission „zugespitzt und ungerecht-polemisch“, wie er selber einräumte, gefragt – „warum sie koexistiert haben, warum sie sich mit der Teilung und der Verletzung der Menschenrechte abfanden.“

Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit berührt auch die europäischen Nachbarvölker, besonders Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn, denn sie alle haben Fragen an das geeinte Deutschland, die sich aus der Geschichte seiner zwei Diktaturen ergeben. Sie haben nicht vergessen, daß sich die DDR als deutscher Teilstaat aktiv – auch militärisch – an der Unterdrückung ihrer Demokratiebewegungen beteiligt hat. Aus dem europäischen Kontext resultiert auch die Frage nach der künftigen Rolle Deutschlands in Europa. Deutschland sollte deshalb mit besonderem Engagement die demokratische Umgestaltung des früheren Ostblocks einschließlich Rußlands sowie die Einbeziehung dieser Staaten in eine gesamteuropäische Friedensordnung unterstützen. Der Einsatz für die Menschenrechte sollte die Politik der Bundesrepublik in hohem Maße prägen. Von einer „europäischen Vision“ war in der letzten Anhörung der Enquete-Kommission die Rede. Die Hoffnung ist begründet, daß die Deutschen aus der Geschichte ihrer zwei Diktaturen Konsequenzen gezogen haben.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Weber:

„Die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat sich in einem intensiven Diskussionsprozeß mit der Geschichte der SBZ/DDR befaßt. Dies geschah nicht nur in internen Sitzungen in den Räumen des Bonner Parlaments, sondern durch zahlreiche öffentliche Anhörungen auch und insbesondere in Ostdeutschland. Damit ist das Parlament bewußt zu den Betroffenen gegangen, deren Leben in der einen oder anderen Weise von den Erfahrungen und Verhaltensweisen unter der SED-Diktatur geprägt war und in der Folge zum Teil noch wird. Ihnen sollte verdeutlicht werden, wie ernst die Volksvertretung ihre Probleme nimmt.

Über die Resonanz in den Massenmedien hat die Kommission eine breitere Öffentlichkeit erreicht und auch dort den Prozeß der Aufarbeitung der neuesten deutschen Geschichte vorangebracht. Immer mehr Bürgern wird klar,

daß die Deutschen in West- und Ostdeutschland nur dann die gegenwärtigen Probleme und künftigen Herausforderungen werden bewältigen können, wenn sie die Vergangenheit nicht verdrängen, sondern kritisch aufarbeiten mit dem Ziel, die freiheitliche, soziale, rechtsstaatliche Demokratie in Deutschland weiterzuentwickeln.

Die Sozialdemokraten in der Enquete-Kommission haben an diesem Prozeß der historischen Aufarbeitung einen gewichtigen Anteil. Sie sind mit großem Engagement an ihre Aufgabe gegangen und haben, bei allen Unterschieden der Auffassungen zwischen den Fraktionen, kooperativ bei der Erarbeitung des Kommissionsberichts mitgewirkt. Über weite Strecken ist es auch gelungen, im Wege der Verständigung und des Kompromisses gemeinsame Texte zu erarbeiten, die mit gewissen Abstrichen von allen Beteiligten getragen werden konnten. Allerdings mußten bestimmte Fragen in Sondervoten behandelt werden, da die Mehrheit von ihrer Auffassung abweichende Positionen nicht oder nur unzureichend berücksichtigte.

Angesichts der Kompliziertheit der Materie und der Lücken und Vorläufigkeit unserer Informationen war die Suche nach Kompromißformulierungen zwischen den Fraktionen – aber auch innerhalb der Sozialdemokratie, die als Volkspartei die Probleme und Bruchlinien der Gesellschaft widerspiegelt – oft höchst zeitaufwendig. Diese Suche war jedoch in der letzten Phase der Kommissionsarbeit zum Bedauern der sozialdemokratischen Arbeitsgruppe nicht mehr möglich, weil die Kommissionsmehrheit nicht bereit war, die dazu notwendige Zeit einzuräumen, und auf den 17. Juni 1994 als Abschlußtermin für die Arbeit der Kommission fixiert blieb, obgleich die Legislaturperiode noch genügend Zeit geboten hätte.

So weist der Abschlußbericht vielfältige Unzulänglichkeiten, Disproportionen, Lücken und auch formale Mängel auf. Beispielsweise wäre eine gründliche redaktionelle Überarbeitung von großen Teilen der Texte im Themenfeld II unbedingt erforderlich gewesen, insbesondere des Teiles 6 (Kulturpolitik) und des Teiles 7 (Rolle des Sports). Auch sind wichtige inhaltliche Gesichtspunkte z. B. im Themenfeld VI über die Opposition in den 80er Jahren nicht mehr berücksichtigt worden; dazu gehören die Frage nach der Bedeutung der Staatssicherheit, die in analoger Weise wie im Kapitel Kirche zu stellen wäre, des weiteren die Spannung zwischen oppositionellen Gruppen und Ausreisewilligen und vor allem auch die äußeren und internen Schwierigkeiten der oppositionellen Gruppen, zu einer handlungsfähigen politischen Struktur zu gelangen. Weitere Defizite in verschiedenen Kapiteln ließen sich unschwer benennen.

Noch gravierender ist, daß angesichts des vorzeitigen Abbruchs der Arbeit durch die Kommissionsmehrheit ein durchaus möglicher, die unterschiedlichen Sichtweisen zusammenbindender, diskursiver Text des Schlußkapitels verhindert wurde. Die Kommission hat es damit versäumt, die politischen

Konsequenzen ihrer zweijährigen Arbeit ausreichend zu diskutieren und entsprechende Empfehlungen zu formulieren. Die Sozialdemokratie war deshalb zu diesem Sondervotum gezwungen, wollte sie ihre begründeten Vorstellungen nicht aufgeben. Sie legt hiermit ein Schlußkapitel vor, das den Text der Mehrheit ergänzt, ihn aber nicht ersetzen will, da dort auch zahlreiche sozialdemokratische Vorarbeiten eingegangen sind.

Insgesamt ist hervorzuheben, daß die Kommission angesichts des Umfangs und der Komplexität der ihr aufgetragenen Aufgaben und der ihr zur Verfügung stehenden knappen Zeit nur vorläufige und vielfach fragmentarische Antwortversuche zu einer Reihe von Fragen geben konnte. Sie sieht in der Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der Bewältigung ihrer Folgen eine bedeutsame, Jahrzehnte in Anspruch nehmende politische, gesellschaftliche, kulturelle und vor allem wissenschaftliche Aufgabe, zu der die Enquete-Kommission nur einen begrenzten Beitrag leisten konnte. Man mag darüber streiten, ob bei einer zweckmäßigeren Arbeitsorganisation, die von der Kommissions-Minderheit frühzeitig angemahnt wurde, der Ertrag der Arbeit nicht hätte größer ausfallen können; doch sind die Schwierigkeiten, vor denen die Enquete-Kommission (mit ihrer Zusammensetzung aus Politikern und Sachverständigen) stand, bei fairer Würdigung der geleisteten Arbeit in Rechnung zu stellen.

Abschließend seien einige Einsichten, die sich bei einer Beschäftigung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur im Hinblick auf die Gegenwart aufdrängen, sowie Empfehlungen formuliert.

Zur Gegenwartsbedeutung der Erfahrungen der DDR-Vergangenheit

Die DDR-Vergangenheit ist nicht lediglich Geschichte; die in ihr gemachten Erfahrungen sind vielmehr von grundlegender Bedeutung für das gegenwärtige deutsche Selbstverständnis und die demokratische politische Kultur:

1. Es gilt die Erfahrungen der Menschen mit der SED-Diktatur, insbesondere das den Menschen zugefügte Leid im historisch-politischen Bewußtsein festzuhalten, der Opfer von Unrecht und Willkür zu gedenken. Menschen, deren Menschenwürde verletzt wurde, haben ein Recht darauf, ihre Menschenwürde wiederhergestellt zu sehen. In Erinnerung zu bewahren sind auch die vielen Beispiele von Menschlichkeit, von Resistenz, von Opposition und Widerständigkeit, nicht zuletzt die historische Leistung der Bewegung des Herbstes und Winters 1989/90, die zum Sturz der Diktatur führte.
2. Die Erfahrungen mit totalitärer Herrschaft fordern dazu auf, Menschen- und Bürgerrechte in Gegenwart und Zukunft mit allen Mitteln zu schützen. Diese Rechte sind zusammen mit den Sozialrechten die Basis des demokratischen sozialen Rechtsstaates. Ihre Bejahung muß selbstverständliche Grundlage der demokratischen politischen Kultur in Deutschland sein.

3. Nach den Erfahrungen der NS-Zeit und der Zeit der Teilung haben die Deutschen sich heute als Nation zu begreifen, die sich als demokratische Verantwortungs- und Wertegemeinschaft sieht, sich eng mit den europäischen Nationen des Westens verbunden fühlt, in ähnliche Beziehungen mit den Nachbarnationen im Osten treten und die Zukunft zusammen mit den anderen europäischen Nationen gestalten möchte. Die friedliche Revolution in der DDR hat für die freiheitliche Begründung der Nation einen neuen Impuls gegeben.
4. Bei der Betrachtung der westlichen Haltung gegenüber dem Ostblock in der Nachkriegszeit zeigt sich, daß eine Politik, die auf friedliche Entwicklung setzt, indem sie Festigkeit mit der Bereitschaft zur Kooperation verbindet, langfristig diktatorische Systeme schwächen und auflockern kann. Allerdings hat die Außenpolitik jeweils zu erwägen, wie sie sich auf die Menschenrechte in den einzelnen Ländern auswirkt; auswärtiges Handeln, nicht nur der Bundesregierung, sondern auch der Parteien, der gesellschaftlichen Gruppen, der Unternehmen etc., muß den Menschenrechten verpflichtet sein.
5. Die Deutschen brauchen ein wahrheitsgemäßes differenziertes Verständnis ihrer Geschichte, das um die Vielzahl von Hypothesen – nicht zuletzt im Verhältnis zu anderen Nationen – weiß. Die notwendige Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit darf nicht dazu führen, die Schrecken der NS-Zeit im gegenwärtigen Bewußtsein zu relativieren; der Vergleich, nicht aber die Gleichsetzung von NS- und SED-Diktatur ist legitim. Nach wie vor stellt sich für die Deutschen die Frage nach den Kontinuitäten und Diskontinuitäten von Strukturen, Denk- und Verhaltensweisen.

Empfehlungen zum Umgang mit den Folgen des SED-Systems

Die Folgen der SED-Diktatur stellen im vereinigten Deutschland riesige Problemkomplexe dar. Zur Bewältigung der politischen und kulturellen Folgen seien hier eine Reihe von Empfehlungen skizziert, die sich an Politik, Gesellschaft, Kultur und Wissenschaften richten:

1. Die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit gilt es weiterzuführen, teilweise sogar zu intensivieren:
 - Die Strafverfolgungsbehörden sind personell und sachlich so auszustatten, daß sie in der Lage sind, Regierungs- und Vereinigungskriminalität wirksam zu ahnden. Die Verfolgung muß sich auf schwerwiegende Tatbestände konzentrieren. Auch Straftaten mit geringerer Strafdrohung sollten weiter verfolgt werden können, zumal die Strafverfolgungsbehörden durch sie nicht überbeansprucht werden. Der Rechtsstaat darf sich seiner Aufgabe nicht entziehen, Unrecht als solches zu kennzeichnen und zu ahnden.
 - Das Unrecht, das Opfer erlitten haben, ist – wo irgendmöglich – wie-

dergutzumachen. Wo dies materiell nicht möglich ist, ist zu prüfen, mit welchen Mitteln die Lage der Opfer verbessert und ihnen eine berufliche Perspektive geboten werden kann. Das den Opfern angetane Unrecht muß im öffentlichen Bewußtsein anerkannt und verankert werden, es muß alles getan werden, ihre personale Würde wiederherzustellen. Stätten des Unrechts und Leidens sind exemplarisch zu erhalten. Diejenigen, die mit Mut und Zivilcourage Unrecht entgegengetreten sind, sollten in geeigneter Weise geehrt werden.

- Über die strafrechtliche Klärung der Verantwortlichkeit hinaus ist die Frage der politischen Verantwortung in Weiterführung des von der Enquete-Kommission unternommenen Versuches (vgl. oben Kapitel I) differenziert zu klären, wozu es eingehender Forschungen bedarf. Pauschalurteile sind ebenso zu vermeiden, wie eine Sichtweise, die der Frage nach der politisch-moralischen Verantwortung ausweicht. Es ist darauf zu achten, die zentralen Fragen der politischen Verantwortlichkeit nicht aus den Augen zu verlieren durch Fixierung auf bestimmte Gruppen („IMs“).
 - Die Aufklärung über die SED-Diktatur, über ihre objektiven und subjektiven Strukturen und Mechanismen ist mit dem Ziel fortzusetzen, die Menschen bei der kritischen Aufarbeitung „ihrer“ Geschichte zu ermutigen und einer Tendenz zu nostalgischer Verklärung der DDR-Vergangenheit entgegenzuwirken.
 - Der Aufarbeitungsprozeß ist eine gesamtdeutsche – auch das Verhalten des Westens einbeziehende – Aufgabe, bei der der Tatbestand zu bedenken ist, daß die Betroffenheit zwischen den Bürgern der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik differiert, was den Aufarbeitungsprozeß kompliziert macht und zu Mißverständnissen führt. Die Aufarbeitung erfordert von Publizisten und Wissenschaftlern ein hohes Maß an Sensibilität für die jeweiligen Problemlagen der Menschen in der ehemaligen DDR. Zu prüfen ist, ob nicht eine Bundesstiftung gegründet werden sollte, die den Aufarbeitungsprozeß fördert und die Deutschen im Westen und Osten politisch-kulturell zusammenführen hilft.
 - Kritische Aufarbeitung ist Voraussetzung von Versöhnung zwischen den Menschen, die in der SED-Diktatur gelebt haben; der Wille zur Versöhnung aber ist Voraussetzung für die Entwicklung einer tragfähigen demokratischen politischen Kultur.
2. Die wissenschaftliche Forschung über die DDR-Geschichte, deren Ergebnisse eine wesentliche Voraussetzung für die politisch-gesellschaftliche Aufarbeitung und daher von entscheidender Bedeutung ist, muß verstärkt vorangetrieben werden:
- Die Forschungseinrichtungen, die sich der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit widmen, sind stärker als bisher durch Mittel des Bundes

und der Länder zu fördern. Dies gilt sowohl für bisherige Forschungseinrichtungen wie den Mannheimer Arbeitsbereich für DDR-Geschichte als auch für neu errichtete Institute, insbesondere für das Zentrum für zeithistorische Studien in Potsdam, für das Hannah-Arendt-Institut in Dresden sowie entsprechende Universitätsinstitute der neuen Bundesländer. Sinnvoll ist auch die Weiterführung der Forschungsarbeit der Behörde für die Stasiunterlagen, doch sollte die Forschungsabteilung von der Behörde organisatorisch abgetrennt und mit einer eigenen Leitung sowie einem wissenschaftlichen Beirat versehen werden. Zu fördern sind auch Dokumentationseinrichtungen, die von Bürgerinitiativen 1989/90 z. B. in Leipzig und Berlin gegründet wurden.

- Wie vor der Vereinigung (durch das innerdeutsche Ministerium) sollten Bundesmittel für die heutige Deutschland-Forschung zur Verfügung gestellt werden, wobei über deren Vergabe von einem nach wissenschaftlichen Kriterien urteilenden Gremium zu entscheiden ist. Weiter gefördert werden sollte das „Deutschland Archiv“, das ein unverzichtbares wissenschaftlich-publizistisches Forum zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist.
- Um die wissenschaftliche Aufarbeitung voranzubringen, sind alle relevanten Aktenbestände der früheren DDR zugänglich zu machen. Außer den Akten der SED müssen auch die der Blockparteien, Massenorganisationen und der staatlichen Verwaltung der DDR, insbesondere auch die des Außenministeriums der DDR, für die Forschung – u. a. durch Verstärkung der Ressourcen der Archive – nutzbar gemacht werden. CDU und FDP haben die Quellenbestände der von ihnen übernommenen Blockparteien (Ost-)CDU und LDPD, wie gesetzlich vorgeschrieben, an die „Stiftung Archiv der politischen Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv“ abzugeben. Da für die Klärung wichtiger Tatbestände die Auswertung westdeutscher Akten, insbesondere des Kanzleramtes, des innerdeutschen Ministeriums, der Parteien usw. zwingend erforderlich ist (und nur so buchstäblich einseitigen SED-orientierten Sichtweisen vorgebeugt werden kann), sind – wie von der SPD vorgeschlagen – die angesprochenen Institutionen aufzufordern, Materialien der Forschung durch eine entsprechende Vereinbarung auch dann zugänglich zu machen, wenn sie angesichts von Sperrfristen dazu nicht verpflichtet sind; gegebenenfalls ist der Gesetzgeber gefordert.
- Die Forschung zur DDR-Vergangenheit steht vor riesigen Aufgaben und bedarf deshalb zu vielen Themenfeldern besonderer Förderung durch Bund, Länder, durch die Forschungsförderungseinrichtungen, die Stiftungen der Parteien und der Gewerkschaften usw.. Schwerpunkt der

Forschungsförderung sollten u. a. folgende als Desiderata zu bezeichnende Themenbereiche sein:

- die Erarbeitung von Dokumentationen über die Opfer von Repression und Unrecht,
- die Erforschung der Verhaltensweisen, von Alltags- und Mentalitätsgeschichte in der Diktatur,
- die genauere Untersuchung der Mechanismen der Machtausübung in der DDR,
- die Frage von Kontinuität und Diskontinuität zur vorhergehenden Geschichte,
- der Diktaturenvergleich, insbesondere im Hinblick auf die osteuropäischen Länder,
- die Rolle der Opposition in der DDR und im östlichen Europa (auch die Frage der Wirkung des KSZE-Prozesses),
- das Verhältnis von DDR und Sowjetunion sowie die Außenpolitik der DDR.

Die Forschungen über die Diktaturen und die Oppositionsbewegungen in Ost- und Mitteleuropa, die von Wissenschaftlern und Instituten verschiedener Länder begonnen worden sind, sollten vernetzt werden; zu prüfen ist, ob nicht eine Institution auf gesamteuropäischer Ebene geschaffen werden sollte, die diese Forschungen anregt und koordiniert.

Zu fördern ist u. a. auch eine DDR-spezifische Rechtstatsachenforschung (Rechtswissenschaften, -gewohnheiten, -überzeugungen). Weitere Desiderata, denen die Forschungsförderung Rechnung tragen sollte, sind in den verschiedenen Kapiteln aufgeführt.

3. Im Prozeß der Verarbeitung der Erfahrungen der DDR-Vergangenheit (und der Geschichte der Bundesrepublik) kommt der politischen und historischen Bildungsarbeit der Schulen und der Erwachsenenbildung, der politischen Stiftungen, auch der Bundeszentrale sowie den Landeszentralen für politische Bildung besondere Bedeutung zu:

- Die Geschichte der DDR ist wie die der alten Bundesrepublik in den alten wie den neuen Bundesländern gleichermaßen als Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu behandeln. Die bislang vorherrschende völlig isolierte Betrachtung von Bundesrepublik und DDR sollte dabei überwunden werden, indem neben den jeweiligen Teilgeschichten die Geschichte unter übergreifenden Fragen sowie die Beziehungsgeschichte beider Teile behandelt wird. Die Richtlinien der Schulen wie die Schulbücher sollten entsprechend umgearbeitet werden. Auch die in den Schulen eingesetzten Medien sollten diesem Gesichtspunkt stärker Rechnung tragen.

- In Schulen, Fach- und Hochschulen sowie in sonstigen Bildungseinrichtungen ist die Kommunikation aller Altersgruppen zwischen Ost- und Westdeutschen über Fragen der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf vielfältige Weise (durch Austausch, gemeinsame Seminare etc.) zu fördern, wobei von der Erzählung des Erfahrenen, über dessen diskursive Erörterung zu seiner Einordnung in größere Zusammenhänge vorgegangen werden könnte.
 - Lokale Geschichtsarbeit kann helfen, die Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten. Sie ist entsprechend zu fördern. Sie sollte sich dabei nicht nur auf die DDR-Geschichte, sondern auch auf die NS-Zeit und die Epochen davor beziehen. Es gilt nicht zuletzt die demokratische Tradition „vor Ort“ bewußtzumachen.
 - Besondere Bedeutung ist der Einführung in das demokratische Institutiengefüge, in Möglichkeiten der Einflußnahme auf politische Prozesse sowie in das Erlernen der dafür erforderlichen „Techniken“ beizumessen. Un- bzw. antidemokratische Vorbehalte und Verhaltensmuster sind in der Bildungsarbeit aufzugreifen, demokratisch-pluralistisches Denken zu fördern. Es ist daran zu erinnern, daß demokratische Verhaltensweisen sich auch in Westdeutschland erst in einem längeren Prozeß durchgesetzt haben. Im übrigen ist Demokratie, auch für die Westdeutschen, eine ständige Aufgabe.
 - Der internationale Schüleraustausch ist besonders zu fördern; er ist ein Mittel, um national begrenzten Sichtweisen entgegenzuwirken.
 - In den neuen Bundesländern sollte in Schulen und Erwachsenenbildung Rechtskunde vermittelt werden. Auch sind möglichst bald flächen-deckend Rechtsberatungsstellen (z. B. Mieter-, Verbraucher-, Schuldnerberatung usw.) einzurichten, die den Menschen helfen, ihre Interessen in rechtsstaatlichen Formen wahrzunehmen.
4. Die Erinnerung an die Erfahrungen der SED-Diktatur, an ihre Opfer und an den Prozeß ihrer Ablösung 1989 ist im öffentlichen Bewußtsein, in der Geschichtskultur des Landes besonders zu fördern. Dazu gehören u. a. folgende Aspekte:
- Es gilt Gedenkstätten für die Opfer einzurichten (z. B. in Hohenschönhausen, Bautzen und Torgau), Gedenkstätten von nationaler Bedeutung sind vom Bund zu fördern.
 - Gedenktage, die an Ereignisse der DDR-Geschichte erinnern, sollten ihren festen Platz in der öffentlichen politischen Kultur haben; zu denken ist etwa an den 17. Juni 1953 oder an den 9. Oktober 1989.
 - Bei der Benennung von Straßen, Schulen usw. sind Persönlichkeiten besonders zu berücksichtigen, die sich gegen Unmenschlichkeit und Unfreiheit gewandt haben.

5. Es ist, wenn möglich, aus Mitteln von Institutionen der früheren DDR ein Fonds einzurichten, der auf unbürokratische Weise bei Härtefällen Not zu lindern versucht und spezifisch Benachteiligten, für deren Ansprüche es [noch] keine rechtliche Grundlage gibt, hilft. Zu denken ist auch an Opfer des Dopings im DDR-Sport.
6. Die von der Bundesregierung seit 1990 verfolgte Vereinigungspolitik hat durch schwerwiegende Fehler und Versäumnisse zu einer teilweisen Entfremdung zwischen Ost und West beigetragen. Die Politik des Bundes und der Länder muß künftig versuchen, zielbewußt in einem längeren Prozeß die Gleichheit der Lebensverhältnisse herzustellen, insbesondere Chancengleichheit für die jungen Menschen zu gewährleisten. Dies würde nicht nur helfen, die Menschen in Ost und West zusammenzuführen, sondern auch die kritische Aufarbeitung der Vergangenheit zu fördern.

Abschließend sei noch einmal hervorgehoben, daß die Deutschen in West- und Ostdeutschland nur dann zukunftsfähig sein werden, wenn sie die Vergangenheit nicht verdrängen, sondern kritisch aufarbeiten mit dem Ziel, die freiheitliche, soziale und rechtsstaatliche Demokratie weiterzuentwickeln.“

Stellungnahme der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zu dem vorstehenden Sondervotum:

„Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. weisen das Sondervotum zum Kapitel E zurück. Sie stellen insbesondere fest:

1. Die Enquete-Kommission hat ihre Arbeit sach- und fristgerecht im Rahmen des gegebenen Arbeitsplans durchgeführt. Die Vorlage des Abschlußberichtes zum 17. Juni 1994 war seit Monaten einvernehmlich interfraktionell vereinbart; einzig die Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion ist von dieser Vereinbarung abgerückt.
2. Im Rahmen der Arbeit der Enquete-Kommission hat auch die SPD ihre Auffassungen sachgerecht und in angemessener Form einbringen können. Lediglich aufgrund von ihr selbst eingeräumter – innerparteilicher – Konflikte war die SPD nicht in der Lage, ihre abweichenden Positionen rechtzeitig zu formulieren. Insofern lenkt der Vorwurf, die Enquete-Kommission habe durch selbsterzeugten Zeitdruck nicht sachgerecht und auf entsprechendem Niveau gearbeitet, von den internen Schwierigkeiten auf Seiten der SPD ab und fällt auf sie selbst zurück.
3. Die Behauptung, CDU und F.D.P. hätten die von ihnen übernommenen Quellenbestände der ehemaligen DDR-Blockparteien CDU und LDPD, wie gesetzlich vorgeschrieben, an die „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ abzugeben, ist unzutreffend. Die von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Naumann-Stiftung verwalteten Bestände stehen vielmehr im Einklang mit gesetzlichen Vorschriften jedermann zur Nutzung zur Verfügung.

4. Der abschließende Vorwurf der SPD, die Bundesregierung habe mit ihrer seit 1990 verfolgten Einigungspolitik durch schwerwiegende Fehler und Versäumnisse zu einer teilweisen Entfremdung zwischen Ost und West beigetragen, kann nur als vordergründige parteipolitische Polemik aufgefaßt werden. Sie steht unter dem der Arbeit der Enquete-Kommission entsprechenden Niveau.“

Anhang

Inhaltsverzeichnis

Berichte, Expertisen und Forschungsaufträge
 Angehörte Zeitzeugen und Sachverständige
 Angehörte Initiativen, Organisationen, Institutionen
 Archivadressen

Berichte, Expertisen und Forschungsaufträge

- ACKERMANN, Dr. Manfred: „Phasen und Zäsuren des Erbeverständnisses der DDR unter besonderer Berücksichtigung des Denkmalschutzes“
- AMMER, Thomas: „Die Machthierarchie der SED“
- BAAR, Prof. Dr. Lothar/MATSCHKE, Dr. Werner: „Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen“
- BENZ, Prof. Dr. Wolfgang (TU Berlin): „Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945 bis 1949“
- BESIER, Prof. Dr. Dr. Gerhard: „Die Rolle des MfS bei der Durchsetzung der Kirchenpolitik der SED und die Durchdringung der Kirchen mit geheimdienstlichen Mitteln“
- BICKHARDT, Stephan: „Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren“
- BILKE, Dr. Jörg Bernhard: „Unerwünschte Erinnerungen. Gefängnisliteratur 1945/49–1989“
- BINDER, Bischof Heinz-Georg: „Die Bedeutung der finanziellen Transfers und der humanitären Hilfe zwischen den Kirchen im geteilten Deutschland“
- BLEEK, Prof. Dr. Wilhelm (Universität Bochum): „Die Deutschlandpolitik der SPD/F.D.P.-Koalition 1969–1982“
- BRUNNER, Prof. Dr. Georg (Universität Köln): „Staatsapparat und Parteiherrschaft in der DDR“ (zitiert als Brunner I)
- BRUNNER, Prof. Dr. Georg (Universität Köln): „Das Rechtsverständnis der SED (1961–1989)“ (zitiert als Brunner II)
- BUCHHEIM, Prof. Dr. Christoph: „Kriegsschäden, Demontagen und Reparationen“
- BUCHSTAB, Dr. Günter: „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der CDU der SBZ/DDR“
- BUCK, Dr. Hannsjörg F.: „Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR“
- CHAKER, Irene: „Die Arbeit des MfS im ‚Operationsgebiet‘ und ihre Auswirkungen auf oppositionelle Bestrebungen in der DDR“
- DALOS, György: „Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR“

- DIETRICH, Christian: „Fallstudie Leipzig 1987–1989 – Die politisch-alternativen Gruppen in Leipzig vor der Revolution“
- DILLER, Dr. Ansgar: „Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED“
- EBERT, Frank: „Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten“
- ECKERT, Dr. Rainer: „Zur Rolle der Massenorganisationen im Alltag der DDR-Bevölkerung“ (zitiert als Eckert I)
- ECKERT, Dr. Rainer: „Die revolutionäre Krise am Ende der 80er Jahre und die Formierung der Opposition“ (zitiert als Eckert II)
- ENGELMANN, Dr. Roger: „Zum Wert der MfS-Akten“
- FAKTOR, Jan: „Brüche und Abgrenzungstendenzen unter den jungen Oppositionellen in der DDR. Brüche und Abgrenzungstendenzen in der alternativen Kultur. Verdeckte Brüche, der Verrat und die Konsequenzen“
- FEIEREIS, Prof. Dr. Konrad: „Weltanschauliche Strukturen in der DDR und die Folgen für die Existenz der katholischen Christen“
- FINN, Gerhard: „Die Speziallager der sowjetischen Besatzungsmacht 1945 bis 1950“
- FISCHBECK, Dr. Hans-Jürgen: „Das Mauersyndrom – die Rückwirkung des Grenzregimes auf die Bevölkerung der DDR“
- FISCHER, Prof. Dr. Alexander/RISSMANN, Martin: „Deutschland als Gegenstand alliierter Politik 1941 bis 1949“
- FISCHER, Dr. Bernd-Reiner: „Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR – Funktionen, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume“
- FLIERL, Dr. Bruno: „Städtebau und Architektur im Staatssozialismus der DDR“
- FOITZIK, Dr. Jan: „Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland 1953/1954. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation“
- FÖRSTER, Prof. Dr. Peter: „Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. – Einstellungen junger Menschen in der DDR. Eine Dokumentation empirischer Untersuchungen der Jugendforschung der DDR 1966 bis 1989“
- FRANKE, Prof. Dr. Werner: „Funktion und Instrumentalisierung des Sports in der DDR: Pharmakologische Manipulationen (Doping) und die Rolle der Wissenschaft“
- FRÖLICH, Dr. Jürgen: „Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD“
- GOERNER, Martin Georg/KUBINA, Michael: „Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei und Staatsführung in der Zeit von 1945/46 bis 1971/72“
- GRÄF, Dieter: „Rekrutierung und Ausbildung der Juristen in der SBZ/DDR“ (zitiert als Gräf I)
- GRÄF, Dieter: „Die Mißachtung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Grundsätze durch die Justiz“ (zitiert als Gräf II)
- GRAML, Hermann: „Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949–1955“
- GRASEMANN, Dr. Hans-Jürgen: „Die Anleitung der Staatsanwaltschaft“
- GRUNENBERG, Prof. Dr. Antonia: „Die Opposition unter Schriftstellern in der DDR vom Beginn der Ära Honecker bis zur polnischen Revolution 1980/81“
- GRUNER, Prof. Dr. Wolf D. (Universität Hamburg): „Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945–1949“
- GUTMANN, Prof. Dr. Gernot: „Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem“
- HACKER, Prof. Dr. Jens (Universität Regensburg): „Die Deutschland-Politik der SPD/F.D.P.-Koalition 1969–1982“
- HAENDCKE-HOPPE-ARNDT, Maria: „Interzonenhandel/Innerdeutscher Handel“
- HANKE, Prof. Dr. Irma: „Sozialstruktur und Gesellschaftspolitik im SED-Staat und die geistig-seelischen Folgen“
- HANNEMANN, Martin: „Heimerziehung in der DDR“

- HEHL, Prof. Dr. Ulrich von: „Die katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1989“
- HEIMANN, Dr. Siegfried: „Die Sonderentwicklung der SPD in Ostberlin 1945–1961“
- HEITMANN, Steffen: „Die Sonderausbildung der Kirchenjuristen“
- HELWIG, Dr. Gisela: „Frauen im SED-Staat“
- HERTLE, Hans-Hermann: „Fallstudie ‚Der 9. November 1989 in Berlin‘“
- HERTWIG, Manfred: „Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten. – Die Opposition von Intellektuellen in der SED/DDR in den fünfziger Jahren (vor allem 1953 und 1956/57) und ihre Unterdrückung und Ausschaltung“
- HILLE, Dr. Barbara: „Jugend und Jugendpolitik in der DDR von 1961 bis 1989“
- HOLZWEISSIG, Dr. Gunter: „Die Presse als Herrschaftsinstrument der SED“
- HÜBNER, Dr. Peter: „Zur Rolle der ‚Massenorganisationen‘ im Alltag des DDR-Bürgers“
- IPSEN, Prof. Dr. Knut (Ruhr-Universität Bochum): „Die Selbstdarstellung der DDR vor internationalen Menschenrechtsorganisationen“
- JÄGER, Prof. Dr. Wolfgang (Universität Freiburg): „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen der CDU/CSU/F.D.P.-Koalition (Kohl-Genscher), die Diskussion in den Parteien und in der Öffentlichkeit 1982–1989“
- JANDER, Martin: „Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren“
- JESKE, Edelgard: „Studie zum Thema ‚Seilschaften‘“
- JESSE, Prof. Dr. Eckhard: „Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der Deutschen Demokratischen Republik“
- JORDAN, Carlo: „Umweltpolitik und Umweltzerstörung in der DDR“
- KAISER, Dr. Monika: „Herrschaftsinstrumente und Funktionsmechanismen der SED in Bezirk, Kreis und Kommune“
- KASCHKAT, Dr. Hannes: „Militärjustiz in der DDR“
- KIRCHNER, Dr. Hubert: „Die Freikirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR in ihrer Zusammenarbeit in der AGCK und in ihrem Verhältnis zum SED-Staat“
- KLEIN, Thomas: „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED“
- KLESSMANN, Prof. Dr. Christoph (Universität Potsdam): „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit“ (zitiert als Klessmann I)
- KLESSMANN, Prof. Dr. Christoph (Universität Potsdam): „Die Opposition in der DDR vom Beginn der Ära Honecker bis zur polnischen Revolution 1980/81“ (zitiert als Klessmann II)
- KNABE, Dr. Wilhelm: „Westparteien und DDR-‚Opposition‘. Expertise zum Einfluß der westdeutschen Parteien in den achtziger Jahren auf unabhängige Bestrebungen in der ehemaligen DDR“
- KNOTH, Hans-Dietrich: „Die Sonderausbildung der Kirchenjuristen“
- KOCH, Uwe: „Die Baueinheiten der Nationalen Volksarmee der DDR – Einrichtung, Entwicklung und Bedeutung“
- KÖHLER, Dr. Anne: „Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage“
- KOWALCZUK, Ilko Sascha: „Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft“
- KREBS, Hans-Dieter: „Die politische Instrumentalisierung des Sports in der DDR“
- KUKUTZ, Irena: „Die Bewegung ‚Frauen für den Frieden‘ als Teil der unabhängigen Friedensbewegung der DDR“
- KUPPE, Dr. Johannes: „Zur Funktion des Marxismus-Leninismus“
- LANGE, Roland: „Einbindung und Behinderung der Rechtsanwälte“
- LAPP, Dr. Peter Joachim: „Die NVA 1956–1990“
- LEPTIN, Prof. Dr. Gert: „Formen, Instrumente und Methoden von Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft“

- LINK, Prof. Dr. Werner (Universität Köln): „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der großen Koalition (sowie die dazu geführte Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit)“
- LIPPE, Prof. Dr. Peter von der: „Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED“
- LOHSE, Landesbischof i.R. Prof. Dr. D. Eduard: „Der BEK und die EKD in ihrem Verhältnis zueinander und zum DDR-Staat“
- LOTH, Prof. Dr. Wilfried (Universität/Gesamthochschule Essen): „Internationale Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1961–1989“
- LÖW, Prof. Dr. Konrad: „Zur Funktion des Marxismus-Leninismus“
- LUDES, Dr. Dr. Peter: „Das Fernsehen als Herrschaftsinstrument der SED“
- MÄHLERT, Ulrich: „Jugendpolitik und Jugendleben von 1945 bis 1961“
- MAHNCKE, Prof. Dr. Dieter: „Das Berlin-Problem – die Berlin-Krise 1958–1961/2“
- MARGEDANT, Dr. Udo: „Das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR – Funktion, Inhalte, Instrumentalisierung, Freiräume“
- MARQUARDT, Dr. Bernhard: „Menschenrechtsverletzungen durch die Deutsche Volkspolizei“ (zitiert als Marquardt II)
- MARQUARDT, Dr. Bernhard: „Die Zusammenarbeit von MfS und KGB“ (zitiert als Marquardt III)
- MASER, Prof. Dr. Peter: „Juden und Jüdische Gemeinden in der DDR“
- MECHTENBERG, Theo: „Staatssicherheit und Literaturszene in der DDR“
- MEHLHORN, Ludwig: „Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR“
- MICHAEL, Klaus: „Alternativkultur und Staatssicherheit von 1976 bis 1989“
- MICHALK, Maria: „Kultur in der DDR“
- MORSEY, Prof. Dr. Rudolf (Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer): „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Adenauer und die politisch-parlamentarische Diskussion in dieser Zeit“
- MÜHLFRIEDEL, Prof. Dr. Wolfgang: „Herausbildung und Entwicklungsphasen des ‚Volkseigentums‘“
- MÜLLER, PD Dr. Hans-Peter: „Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP“ (zitiert als Müller I)
- MÜLLER, Silvia: „Der Rundfunk als Herrschaftsinstrument der SED“ (zitiert als Müller II)
- MÜLLER, Prof. Dr. Werner: „Entstehung und Transformation des Parteiensystems der SBZ/DDR 1945 bis 1950“ (zitiert als Müller III)
- MÜLLER-ENGBERGS, Helmut: „Normative Grundlagen des MfS für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern. Eine Dokumentation“
- NEHRIG, Prof. Dr. Christel: „Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die DBD“
- NEUBERT, Ehrhart: „Die Rolle des MfS bei der Durchsetzung der Kirchenpolitik der SED und die Durchdringung der Kirchen mit geheimdienstlichen Mitteln“
- NEUKE, Hartmut: „Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. – Der Zusammenhang von Formen widerständigen Verhaltens in der DDR und Verantwortungsverhalten“
- NOACK, Axel: „Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei und Staatsführung in der Zeit von 1972–1989“
- OTTO, Dr. Wilfriede: „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der SED“
- OVERESCH, Prof. Dr. Manfred (Universität Hildesheim): „Die Gründung der DDR als nationales Kerngebiet und der gesamtdeutsche Anspruch von KPD und SED“
- PAPKE, Dr. Gerhard: „Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die LDPD“

- PFEILER, Prof. Dr. Wolfgang (Universität Greifswald): „Die ‚nationale‘ Politik der KPD/SED 1945 bis 1952“
- PILVOUSEK, Dr. Josef: „Innenansichten. Von der ‚Flüchtlingskirche‘ zur ‚Katholischen Kirche in der DDR‘“
- PLÜCK, Dr. Kurt: „Innerdeutsche Beziehungen auf kommunaler und Verwaltungsebene, in Wissenschaft, Kultur und Sport und ihre Rückwirkung auf die Menschen im geteilten Deutschland“
- POTTHOFF, Dr. Heinrich: „Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen der CDU/CSU/F.D.P.-Koalition (Kohl/Genscher), die Diskussion in den Parteien und in der Öffentlichkeit 1982–1989“
- PRIESS, Dr. Lutz: „Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick.“
- RICHTER, Dr. Michael: „Entstehung und Transformation des Parteiensystems 1945–1950“ (zitiert als Richter I)
- RICHTER, Dr. Michael: „Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU“ (zitiert als Richter II)
- ROGEMANN, Prof. Dr. Herwig (Freie Universität Berlin): „Das Recht als Instrument im Kampf um die Machterhaltung – die letzten Jahre der DDR“
- SATTLER, Friederike: „Die Funktion der Massenorganisationen“
- SCHMIDT, Karl-Heinz: „Die Deutschlandpolitik der SED“
- SCHNEIDER, Dr. Eberhard: „Karriereangebote, Karrieremuster und Eliterekrutierungen“
- SCHRÖDER, Dr. Jürgen: „Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP“ (zitiert als Schröder I)
- SCHRÖDER, Prof. Dr. Richard: „Der Versuch einer eigenständigen Standortbestimmung der evangelischen Kirchen in der DDR am Beispiel der ‚Kirche im Sozialismus‘“
- SCHUBERT, Prof. Dr. Charlotte: „Phasen und Zäsuren des Erbverständnisses der DDR“
- SCHÜLLER, Prof. Dr. Alfred: „Die Integration der DDR-Wirtschaft in den RGW“
- SCHUMANN, Prof. Karl F. (Universität Bremen): „Flucht und Ausreise aus der DDR insbesondere im Jahrzehnt ihres Untergangs“
- SCHÜTT, Dr. Peter: „Die Kulturpropaganda der DKP als Teil der SED-Deutschlandpolitik“
- SENGBUSCH, Dietrich: „Das System der Jugendwerkhöfe in der DDR“
- SEUL, Dr. Arnold: „Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die Volkswirtschaft“
- STAADT, Dr. Jochen: „Versuche der Einflußnahme der SED auf die politischen Parteien der Bundesrepublik nach dem Mauerbau“
- SUCKUT, Dr. Siegfried: „Widerspruch und abweichendes Verhalten in der LDPD“
- TANTZSCHER, Monika (BSU): „Aktion ‚Genesung‘ – Die Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘ im Spiegel der MfS-Akten“ (zitiert als Tantzscher I – veröffentlicht unter dem Titel ‚Maßnahme Donau und Aktion Genesung‘ – Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten“ in Reihe B: Analysen und Berichte Nr. 1/1994, hsg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik)
- TANTZSCHER, Monika (BSU): „Was in Polen geschieht, ist für die DDR eine Lebensfrage! – Das MfS und die polnische Krise 1980/81“ (zitiert als Tantzscher II)
- TEMLIN, Wolfgang: „Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten“
- THAYSEN, Prof. Dr. Uwe: „Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl“
- THOMAS, Rüdiger: „Ursachen und Folgen der Gesellschaftspolitik im SED-Staat“
- VOIGT, Prof. Dr. Dieter: „Karriereangebote, Karrieremuster und Eliterekrutierungen“
- VOLZE, Dr. Armin: „Innerdeutsche Transfers“
- WEBER, Prof. Dr. Adolf: „Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR“
- WEBER, Prof. Dr. Herrmann/LANGE, Dr. Lydia: „Zur Funktion des Marxismus-Leninismus“

- WEIDENFELD, Prof. Dr. Werner (Universität Mainz): „Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. – Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen – Konstanten und Wandlungen. Einstellungen der westdeutschen Bevölkerung 1945/49–1990“
- WEISSHUHN, Reinhard: „Einfluß der bundesdeutschen Parteien auf die Entwicklung widerständigen Verhaltens in der DDR der achtziger Jahre. Parteien in der Bundesrepublik aus der Sicht der Opposition in der DDR“
- WERKENTIN, Dr. Falco: „Die Waldheimer ‚Prozesse‘ der Jahre 1950/52“
- WERNER, Sigrun: „Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten“
- WIELGOHS, Dr. Jan: „Die revolutionäre Krise am Ende der 80er Jahre und die Formierung der Opposition“
- WISNIEWSKI, Prof. Dr. Roswitha/MARQUARDT, Dr. Bernhard: „Marxismus – die Voraussetzung des politischen Systems der DDR“ (1. Teil); „Totalitarismustheorie und die Aufarbeitung der SED-Diktatur“ (2. Teil, zitiert als Marquardt I)
- WOLF, Prof. Dr. Herbert/SATTLER, Friederike: „Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR“
- WOLLE, Dr. Stefan: „Die SPD in Ost-Berlin 1946 bis 1961“
- ZIEMER, Christof: „Die politischen Stellungnahmen des BEK in der Friedensfrage und die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in ihren Auswirkungen auf die Gesellschaft in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des konziliaren Prozesses“

Angehörte Zeitzeugen und Sachverständige

(Die Ziffern in runden Klammern geben die Protokoll-Nummern der Sitzung/Sitzungen an, in denen der betreffende Zeitzeuge/Sachverständige gesprochen hat.)

- ALEXY, Prof. Dr. Robert, Kiel (37)
- ALTMANN, Götz, Schwarzenberg/Sachsen (35)
- ALTWEIN, Michael, Weißenfels (23)
- AMMER, Thomas, Bonn (25, 67)
- AUERBACH, Thomas, Berlin (41, 68)
- BAHR, Prof. Egon, Hamburg (50, 52)
- BAIER, Hubert, Cottbus (41)
- BARTL, Eva-Maria, Halle/Sa. (68)
- BARZEL, Dr. Rainer, Bundestagspräsident a. D., Bonn (55)
- BAUM, Karl-Heinz, Berlin (51)
- BAUMGÄRTEL, Krescan, Bautzen (35)
- BECKER, Jurek, Berlin (35)
- BEINTKER, Prof. Dr. Michael, Münster (56)
- BELEITES, Michael, Dresden (20, 68)
- BENDER, Dr. Peter, Berlin (50)
- BENTZIEN, Hans, Reichenwalde/Brdbg. (35)
- BERG, Inge, Berlin (21)
- BERG, Prof. Dr. Dr. Gunnar, Halle (31)
- BESIER, Prof. Dr. Dr. Gerhard, Heidelberg (56)
- BEYER, Achim, Erlangen (41)
- BEYER, Frank, Berlin (35)
- BIENERT, Inge, Berlin (69)
- BIERWISCH, Prof. Dr. Manfred, Berlin (67)
- BINDER, Heinz-Georg, Bischof, Bonn (59)
- BIRTHLER, Marianne, Ministerin a. D., Berlin (31)
- BISCHOFF, Dr. Diether, Münster (41)

BLACHNIK, Uwe, Berlin (31)
BLASCHKE, Prof. Dr. Karlheinz, Friedewald (22)
BLUMENWITZ, Prof. Dr. Dieter, Würzburg (50)
BOHLEY, Bärbel, Berlin (35, 68)
BORKOWSKI, Dieter, Raddestorf (67)
BÖTHIG, Peter, Berlin (36)
BÖTTCHER, Jürgen, Berlin (35)
BÖTTGER, Dr. Martin, MdL, Cainsdorf (57)
BRACHER, Prof. Dr. Karl Dietrich, Bonn (76)
BRAUN, Dr. Günter, Mannheim (18)
BRETSCHEIDER, Harald, Dresden (62)
BROCKHOFF, Ellen, Berlin (41)
BUCHSTAB, Dr. Günter, St. Augustin (18)
BUCK, Dr. Hannsjörg F., Bonn (27)
BUDE, Roland, Swisttal (20)
BUSCH, Dr. Heinz, Berlin (23)
DACHSEL, Stefan, Berlin (61)
DASCHITSCHEW, Prof. Dr. Wjatscheslaw, Moskau (49)
DECKER, Andreas, Leipzig (35 Sport)
DEMICKI, Ronald, Berlin (20)
DEMKE, Dr. Christoph, Bischof, Magdeburg (57)
DENCKER, Prof. Dr. Friedrich, Münster (13)
DIEDRICH, Dr. Torsten, Potsdam (42)
DIETRICH, Christian, Leipzig (68)
DLUGOBORSKI, Prof. Dr. Waclaw, Kattowitz (76)
DOMRÖS, Manfred, Kloster/Hiddensee (62)
DOMSCH, Dr. h. c. Kurt, Neustadt/Sa. (59, 62)
DONNER, Dr. Wolfgang, Schwerin (32)
DRALLE, Prof. Dr. Lothar, Gießen (18)
DREGER, Winfried, Berlin (35 Sport)
DUDSZUS, Prof. Dr. Alfred, Rostock (26)
EBERSBACH, Hartwig, Leipzig (35)
ECKARDT, Andreas, Berlin (69)
ECKERT, Prof. Dr. Jörn, Potsdam (39)
ECKERT, Dr. Rainer, Berlin (69)
EIGENFELD, Katrin, Halle (23, 68)
EISENFELD, Bernd, Berlin (67)
ENZIAN, Erik, Nordhausen (26)
EPPELMANN, Rainer, MdB, Berlin (51, 52, 68)
EPPLER, Dr. Erhard, Schwäbisch-Hall (52)
ERBE, Dr. Joachim, Berlin (45)
ERNST, Prof. Dr. Wilhelm, Erfurt (28)
FALCKE, Propst D. Heino, Erfurt (57)
FAULENBACH, Prof. Dr. Bernd, Bochum (30, 48)
FAUST, Siegmund, Berlin (35)
FEIGL, Steffen, Bonn (41)
FEIST, Günter, Berlin (35)
FIEDLER, Dr. Marianne, Leipzig (45)
FINN, Gerhard, Bonn (67)
FIPPEL, Günter, Leipzig (30)
FISCHBECK, Dr. Hans-Jürgen, Mülheim/Ruhr (68)
FISCHER, Dr. Hans-Friedrich, Leipzig (62)

- FISCHER, Prof. Dr. Alexander, Bonn/Dresden (18, 42)
FÖRSTER, Prof. Dr. Peter, Leipzig (51)
FOSCHEPOTH, Dr. Josef, Münster (48)
FRANKE, Prof. Dr. Werner W., Heidelberg (35 Sport)
FRICKE, Karl Wilhelm, Köln (23, 26, 41, 51, 67)
FRÖLICH, Dr. Jürgen, Gummersbach (18)
FUCHS, Jürgen, Berlin (13, 67, 76)
FURIAN, Dr. Hans-Otto, Propst (61)
GARSTECKI, Joachim, Bad Vilbel (51)
GARTON ASH, Prof. Timothy, Oxford (47)
GEIGER, Dr. Hansjörg, Berlin (35 Sport, 30, 69)
GEISS, Prof. Dr. Immanuel, Bremen (76)
GENSCHER, Hans-Dietrich, Bundesminister a. D., MdB, Bonn (53)
GERBER, Fritz, Bautzen (22)
GERLACH, Benno, Holungen (23)
GERLACH, Vinzenz, Duderstadt (23)
GESTER, Heidi, Berlin (41)
GLAAB, Manuela, Mainz (51)
GOERTZ, Joachim, Berlin, (62)
GRÄF, Dieter, Berlin (40)
GRAML, Hermann, München (46)
GRASEMANN, Dr. Hans-Jürgen, Salzgitter (13)
GRAUL, Elisabeth, Magdeburg (67)
GRAUMANN, Hans-Jörg, Gräfenhainichen (22)
GRILLE, Prof. Dr. Dietrich, Erlangen/Nürnberg (67)
GRINGMUTH-DALLMER, Götz, Berlin (20)
GRÜNHAGEN, Heinz, Herzfelde (41)
GUTMANN, Prof. Dr. Gernot, Köln (27)
GUTTMACHER, Dr. Karlheinz, MdB, Jena (28)
GUTZEIT, Martin, Berlin (23, 52, 68)
HABERMAS, Prof. Dr. Jürgen, Frankfurt a. M. (76)
HAGEN, Prof. Dr. Manfred, Göttingen (42)
HAJNICZ, Dr. Artur, Warschau (47)
HAMEL, D. Johannes, Gräfelfing (56)
HAMMER, Walter, Präsident i. R., Bremen (59)
HANKE, Georg, Generalvikar, Dresden (61)
HANNEMANN, Martin, Berlin (31)
HASCHKE, Udo, MdB, Jena (28)
HAUPTS, Prof. Dr. Leo, Köln (42)
HEIDER, Dr. Magdalena, Mannheim (18)
HERTLE, Hans-Hermann, Berlin (22)
HERZBERG, Wolfgang, Berlin (36)
HEUER, Prof. Dr. Uwe-Jens, MdB, Berlin (39)
HILLER, Jürgen, Berlin (35 Sport)
HILMER, Rudolf, Berlin (69)
HILSE, Werner, Berlin (57, 69)
HIRSCH, Ralf, Berlin (20)
HOFFMANN, Dr. Jan, Potsdam (31)
HOFFMANN, Ulrich, Berlin (13)
HOLZWEISSIG, Dr. Gunter, Berlin (35 Sport)
HOMEYER, Dr. Josef, Bischof, Hildesheim (59)
HORNUNG, Prof. Dr. Klaus, Stuttgart-Hohenheim (75)

HUBRICH, Eberhard, Hürth (75)
HUMMEL, Dr. Albrecht, Berlin (35 Sport)
ILLMANN, Norbert, Wolgast (62)
JACOBI, Maria, Dresden (62)
JACOBSEN, Prof. Dr. Hans-Adolf, Bonn (36)
JAFFKE, Susanne, MdB, Anklam (13)
JÄGER, Manfred, Münster (35)
JAGUSCH, Karl-Heinz, Jena (67)
JAHN, Roland, Berlin (67)
JESCHONNEK, Günter, Berlin (69)
JESKE, Edelgard, Berlin (45)
JESSE, Prof. Dr. Eckhard, Chemnitz (76)
JOHN, Hanfried, Berlin (27)
JORDAN, Carlo, Berlin (68)
JORK, Dr. Rainer, MdB, Radebeul (27, 33)
JÜNGEL, Prof. Dr. D. D. Eberhard, Tübingen (56)
JUNGHANNS, Ulrich, MdB, Frankfurt/Oder (22)
KELLER, Dr. Dietmar, MdB, Berlin (28)
KITTEL, Dr. Manfred, München (75)
KITTLAUS, Manfred, Berlin (13, 45)
KITZIG, Angelika, Berlin (69)
KLENNER, Prof. Dr. Hermann, Berlin (39)
KLESSMANN, Prof. Dr. Christoph, Potsdam (42)
KLIER, Freya, Berlin (35)
KNABE, Dr. Hubertus, Berlin (67)
KOCKA, Prof. Dr. Jürgen, Berlin (75)
KÖGLER, Brigitta, Jena (40)
KOHL, Dr. Helmut, Bundeskanzler, Bonn (53)
KÖHLER, Dr. Anne, München (51)
KÖNIG, Martin, Berlin (52)
KORTE, Dr. Karl-Rudolf, Mainz (51)
KOSSAKOWSKI, Prof. Dr. Adolf, Berlin (31)
KOWALCZUK, Ilko-Sascha, Berlin (68)
KOWASCH, Fred, Berlin (69)
KRAHL, Toni, Glienicke (36)
KRAMER, Martin, Magdeburg (52)
KRAUSE, Fritz, Frankfurt/Oder (26)
KRIEGER, Dr. Albrecht, Bonn (45)
KRÖTKE, Prof. D. Dr. Wolf, Berlin (61)
KRUCZEK, Manfred, Potsdam (35 Sport)
KRUSCHE, Dr. Werner, Bischof i. R., Magdeburg (56)
KUKUTZ, Irena, Berlin (23)
KÜTTLER, Thomas, Plauen (61)
LANGGUTH, Dr. Gerd, Sankt Augustin (51)
LAPP, Dr. Peter Joachim, Köln (22)
LEICH, Dr. Werner D. D., Landesbischof em., Eisenach (56)
LEONHARD, Prof. Wolfgang, Manderscheid (28)
LEPSIUS, Prof. Dr. Rainer, Heidelberg (76)
LIEBERKNECHT, Christine, Ministerin, Erfurt (31)
LINK, Prof. Dr. Werner, Köln (50)
LOBECK, Werner, Schwarzenberg (41)
LOCHEN, Hans-Hermann, Berlin (41)

- LOTH, Prof. Dr. Wilfried, Essen (46)
LÖW, Prof. Dr. Konrad, Bayreuth (28)
MADER, Prof. Dr. Alois, Köln (35 Sport)
MAHNCKE, Prof. Dr. Dieter, Bonn (46)
MAIBAUM, Karl, Nürnberg (45)
MAIER, Prof. Dr. Harry, Flensburg (27)
MANGOLDT, Silvia, Berlin (20)
MAREES, Prof. Dr. Horst de, Köln (35 Sport)
MARX, Hermann, Bonn (67)
MECKEL, Markus, MdB, Berlin (51, 68)
MEHLHORN, Ludwig, Berlin (47, 75)
MEMMLER, Prof. Hans-Joachim, Neubrandenburg (23)
MENDE, Dr. Erich, Bundesminister a. D., Bonn (48, 52)
MENDT, Dietrich, Dresden (62)
METTE, Norbert, Cottbus (41)
MEUSCHEL, Prof. Dr. Sigrid, Leipzig (75)
MEUSEL, Georg, Werdau/Sa. (68)
MEYER, Prof. Dr. Hans-Joachim, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Dresden (33)
MICHAEL, Christel, Berlin (69)
MILDE, Klaus, Dresden (61)
MISCHNICK, Wolfgang, Bundesminister a. D., MdB, Kronberg (52)
MISSELWITZ, Dr. Hans, Potsdam (68, 75)
MISZLIVETZ, Prof. Dr. Ferencz, Budapest (76)
MITTER, Dr. Armin, Berlin (26, 33, 42)
MLYNAR, Prof. Dr. Zdenek, Wien (47)
MODROW, Dr. Hans, MdB, Berlin (25)
MÖLLER, Prof. Dr. Horst, München (48, 75)
MOLLNAU, Prof. Dr. Karl, Berlin (39)
MOLT, Rudi, Berlin (67)
MÜLLER, Annemarie, Dresden (61)
MÜLLER, Dieter, Chemnitz (32)
NALI, Karl, Bautzen (20)
NEUBERT, Christhard-Georg, Berlin (69)
NEUBERT, Ehrhart, Berlin (20, 56)
NEUBERT, Frank, Dresden (52)
NEUGEBAUER, Dr. Gero, Berlin (26)
NEUKE, Hartmut, Leipzig (20)
OLDENBURG, Fred, Köln (49)
OTTO, Dr. Wilfriede, Berlin (37)
PAHNKE, Rudi-Karl, Borgsdorf (31, 57)
PFANNKUCH, Julia, Kiel (37)
PFEIFFER, Dietrich, Dresden (27, 45)
PFITZENREUTER, Franz, Leinefelde (23)
PFLEUMER, Klaus, Zittau (20)
PICKENHAIN, Prof. Dr. Lothar, Leipzig (35 Sport, 45)
PLANER-FRIEDRICH, Dr. Götz, Neudietendorf (56)
POHL, Edeltraud, Berlin (20)
POHL, Sieghard, Berlin (41)
POPPE, Gerd, MdB, Berlin (47, 68)
POPPE, Ulrike, Berlin (13, 68)
PRESCHER, Wolfgang, Berlin (27)
PRUSKO, Georg, Bad Nauheim (67)

PUSCHMANN, Hellmut, Präsident Prälat, Freiburg (59)
RAAB, Gottfried, Woltersdorf (40)
RATHENOW, Lutz, Berlin (36)
RATHKE, Dr. Heinrich, Bischof i. R., Schwerin (59)
REHHAHN, Dr. Helmut, MdL, Seegrehna (26)
REIPRICH, Siegfried, Potsdam (67)
RENESE, Margot von, MdB, Bochum (37, 62)
RICHTER, Anne, Berlin (31)
RICHTER, Edelbert, MdEP, Weimar (68)
RIEDEL, Eugen, Massen (27)
RIEKE, Dieter, Rüsselsheim (18)
RISSMANN, Martin, Koblenz (22)
RÖDER, Hans-Jürgen, Berlin (51)
RONGE, Prof. Dr. Volker, Wuppertal (69)
ROTHER, Ilona, Erfurt (21)
ROTTLEUTHNER, Prof. Dr. Hubert, Berlin (40)
RUB, Frank, Graitschen (67)
RUDOLPH, Thomas, Dresden (23)
RUFFMANN, Prof. em. Dr. Karl-Heinz, Köln (49)
RÜHL, Prof. Dr. Lothar, Bonn (51)
RÜHRDANZ, Sigrid, Berlin (20)
SABATOVA, Anna, Prag (47)
SAUER, Elisabeth, Dresden (62)
SCHABOWSKI, Günter, Rotenburg/Berlin (25)
SCHACHE, Dr. Helmut, Bad Kösen (62)
SCHACHT, Ulrich, Hamburg (21)
SCHAEFGEN, Christoph, Berlin (13)
SCHÄFER, Christian, Cottbus (41)
SCHÄLIKE, Rolf, Hamburg (21)
SCHÄTZLER, Wilhelm, Prälat, Bonn (59)
SCHAUMBURG, Günter, Bad Vilbel (35 Sport)
SCHEEL, Walter, Bundespräsident a. D., München (63)
SCHEIDLER, Jochen, Berlin (41)
SCHENK, Fritz, Frankfurt a. M. (25, 51)
SCHILLING, Walter, Dittrichshütte (23)
SCHIRDEWAN, Karl, Potsdam (25)
SCHMAHL, Alfred, Wittgendorf (61)
SCHMIDT, Andreas, Gera (68)
SCHMIDT, Helmut, Bundeskanzler a. D., Hamburg (55)
SCHMIDT, Karl-Heinz, Hüttenberg (51)
SCHMIDT, Prof. Dr. Max, Berlin (52)
SCHMIDT, Uwe, Berlin (45)
SCHMOLL, Heike, Frankfurt a. M. (56)
SCHMUDE, Dr. Jürgen, MdB, Bonn (59)
SCHMUTZLER, Dr. Siegfried, Berlin (21)
SCHOLLWER, Wolfgang, Bonn (18)
SCHÖN, Angelika, Weimar (57)
SCHÖNEMANN, Hannes, Hamburg (69)
SCHÖNEMANN, Sybille, Hamburg (69)
SCHRÖDER, Prof. Dr. Richard, Berlin (56, 76)
SCHROEDER, Prof. Dr. Friedrich-Christian, Regensburg (37)
SCHROTH, Prof. Dr. Ulrich, München (13)

SCHUBERT, Helga, Berlin (36)
SCHULLER, Prof. Dr. Wolfgang, Konstanz (21, 26, 76)
SCHULT, Jürgen, Schwerin (35 Sport)
SCHULT, Reinhard, Berlin (23)
SCHULZ, Prof. Dr. Eberhard, Bornheim (50)
SCHUMANN, Dr. Heiner, Leipzig, Köln (35 Sport)
SCHÜRER, Dr. Gerhard, Berlin (25)
SCHÜTRUMPF, Dr. Jörn, Berlin (33)
SCHWALM, Klaus, Berlin (23)
SCHWARZ, Dr. Ulrich, Hamburg (25, 51)
SEIDEL, Dr. Jutta, Berlin (20)
SEIDEL, Harry, Berlin (21)
SEIDEL, Helmut, MdL, Waren/Müritz (26)
SEIFFERT, Prof. Dr. Wolfgang, Kiel (25)
SEILER, Lutz, Berlin (35)
SIMON, Bernhard, Berlin (23)
SOELL, Prof. Dr. Hartmut, MdB, Heidelberg (39)
STAUSS, Curt, Lauchhammer (57)
STEGE, Eva-Maria, Berlin (21)
STEINBORN, Tom, Dresden (22)
STEINERT, Bernd, Ebensfeld (68)
STEINLEIN, Dr. Reinhard, Berlin (56)
STIMMING, Peter, Berlin (20)
STORBECK, Eva-Maria, Premnitz (45)
STÜTZLE, Dr. Walther, Berlin (51)
SUCKUT, Dr. Siegfried, Berlin (22)
SÜSSMUTH, Prof. Dr. Rita, Bundestagspräsidentin, Bonn (42)
TAESCHNER, Alexis, Freiberg/Sachsen (40)
TANNERT, Christoph, Berlin (36)
TAUTZ, Lothar, Berlin (23, 62)
TEMPLIN, Wolfgang, Berlin (20)
TENORTH, Prof. Dr. Heinz-Elmar, Berlin (75)
THIEMANN, Ellen, Köln (69)
THERSE, Wolfgang, MdB, Berlin (28)
TONNDORF-EHRKE, Sibylle, Berlin (45)
TSCHICHE, Hans-Jochen, MdL, Magdeburg (51)
ULLMANN, Prof. Dr. Wolfgang, MdB, Berlin (28)
USCHNER, Dr. Manfred, Berlin (25, 52)
VOGEL, Dr. Hans-Jochen, MdB, Bonn (53)
VOGT, Rudi, Küstrin (20)
VOLLMANN, Heidi, Jena (31)
VOLLNHALS, Dr. Clemens, Berlin (56)
WACHOWIAK, Jutta, Berlin (35)
WAGENER, Manfred, Nürnberg (45)
WAGNER, Bertram, Freiburg (69)
WALTHER, Joachim, Berlin (35)
WANKE, Dr. Joachim, Bischof, Erfurt (59)
WARNKE, Dr. Jürgen, Bundesminister a. D., MdB, Bonn (59)
WASSERMANN, Dr. h. c. Rudolf, Goslar (13)
WEBER, Prof. Dr. Hermann, Mannheim (18, 25, 26, 28)
WEISS, Konrad, MdB, Berlin (30)
WEISSHUHN, Reinhard, Bonn (57)

WEISSKIRCHEN, Gert, MdB, Wiesloch (51)
 WELZ, Karl-Heinz, Dresden (62)
 WENDEL, Eberhard, Berlin (20)
 WETTIG, PD Dr. Gerhard, Köln (48)
 WICKE, Prof. Dr. Peter, Berlin (36)
 WIECZOREK, Wojciech, Warschau (47)
 WIEDEMANN, Rüdiger, Zerbst (40)
 WILKE, Prof. Dr. Manfred, Berlin (18, 30)
 WILMS, Dr. Dorothee, Bundesministerin a. D., MdB, Köln (52)
 WINDELEN, Heinrich, Bundesminister a. D., Warendorf (52)
 WINTERS, Dr. Peter Jochen, Berlin (13, 51)
 WINTGEN, Hans, Berlin (31)
 WOLF, Dr. Erika, Bonn (18)
 WOLF, Prof. Dr. em. Herbert, Berlin (20, 33)
 WOLFRAM, Adam, Daaden (67)
 WOLLE, Dr. Stefan, Berlin (46)
 WÖTZEL, Dr. Roland, Leipzig (26)
 WREDE-BOUVIER, Dr. Beatrix, Bonn (18)
 ZIMMERMANN, Monika, Berlin (26)

Angehörte Initiativen, Organisationen, Institutionen

(Die Ziffern in runden Klammern geben die Protokoll-Nummern der Sitzung/Sitzungen an, in denen Vertreter der betreffenden Initiative/Organisation/Institution gesprochen haben.)

Arbeitsgemeinschaft 13. August e. V. (14)
 Archiv Bürgerbewegung e. V. Leipzig (14)
 Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V. (14)
 Bürgerinitiative „Vergangenheitsbewältigung“ der Stadt Saalfeld (14)
 Bürgerkomitee „15. Januar“ (14)
 Bürgerkomitee Leipzig (14)
 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (14)
 Dokumentations- und Informationszentrum Torgau (14)
 Evangelische Kirche in Deutschland (14)
 Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße e. V. (Astak) (14)
 Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller in der IG Medien (14)
 Historisches Dokumentationszentrum Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V. (14)
 Komitee zur Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus in Mecklenburg-Vorpommern (14)
 Kunstdokumentation SBZ/DDR e. V. (14)
 Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e. V. (14)
 Neues Forum (14)
 Ökumenischer Arbeitskreis „Recht und Versöhnung“ Leipzig (14)
 Projektgruppe zur Aufarbeitung der Geschichte der Humboldt-Universität (MfS-Verflechtung) beim Studentenrat (14)
 Rehabilitierungskommission ehem. Einrichtungen gem. Artikel 36 EV (14)
 Sonderausschuß des Sächsischen Landtages zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch infolge der SED-Herrschaft (14)
 Umweltbibliothek Berlin – Domaschk-Archiv (14)
 Unabhängiger Verein zur historischen, politischen und juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit (14)
 Der Polizeipräsident in Berlin – Zentrale Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) (13, 45)

Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin (13)

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin (45)

Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter (13)

Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (45)

Vertrauensbevollmächtigter beim Vorstand der Treuhandanstalt, Berlin (45)

Archivadressen

1. Adressen wichtiger deutscher Archive

1.1 Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Anschrift: Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Glinkastr. 35
10117 Berlin

Telefon: 0 30/23 13–70

Bestände: – Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) bzw. Amt für Nationale Sicherheit der DDR (AfNS) incl. Bezirksverwaltungen, Kreis- und Objektdienststellen

1.2 Bundesarchiv

Anschrift: Bundesarchiv
Potsdamer Straße 1
56075 Koblenz

Telefon: 02 61/5 05–0

1.2.1 Bundesarchiv – Abteilungen Potsdam

Anschrift: Bundesarchiv
Abteilungen Potsdam
Berliner Str. 98–101
14467 Potsdam

Telefon: 03 31/3 14–0

- Bestände: Zivile Zentralbehörden der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, u. a.:
- Parlament, Staatsoberhaupt, Ministerrat
 - Volkskammer
 - Zentraler Runder Tisch
 - Präsidialkanzlei (Kanzlei des Präsidenten, Staatsrat)
 - Ministerrat
 - Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
 - Komitee der Arbeiter- und Bauerninspektion
 - Amt für Reparationen
 - Inneres und Justiz
 - Ministerium des Inneren
 - Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (1945–1953)
 - Staatssekretär für Kirchenfragen
 - Ministerium der Justiz
 - Oberstes Gericht
 - Generalstaatsanwalt der DDR
 - Finanzen, Wirtschaft, Handel
 - Ministerium der Finanzen
 - Garantie- und Kreditbank AG (1945–1956)
 - Deutsche Notenbank
 - Staatliche Plankommission
 - Volkswirtschaftsrat
 - Industrieministerien
 - Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
 - Ministerium für Handel und Versorgung
 - Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel
 - Bauwesen, Wissenschaft und Technik, Gesundheit
 - Ministerium für Bauwesen
 - Bauakademie
 - Ministerium für Wissenschaft und Technik
 - Ministerium für Gesundheitswesen
 - Bildung und Kultur
 - Ministerium für Kultur
 - Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
 - Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur
 - Staatliches Komitee für Rundfunk

1.2.2 Bundesarchiv – Abteilung Militärarchiv

1. Anschrift: Bundesarchiv
Abt. VI – Militärarchiv
Wiesentalstr. 10
79115 Freiburg
- Telefon: 07 61/4 78 17–0
2. Anschrift: Bundesarchiv
Militärisches Zwischenarchiv
Zeppelinstr. 127/128
14471 Potsdam
- Telefon: 03 31/97 14–4 20

- Bestände: Militärische Zentralbehörden der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, u. a.:
- Nationaler Verteidigungsrat
 - Nationale Volksarmee
 - Grenzpolizei und -truppen
 - Militärstaatsanwaltschaften
 - Politakten, u. a. Pol. Hauptverwaltung
 - Militärischer Anteil an zivilen Einrichtungen und Betrieben (Abt. I)
 - Amtliche Drucksachen und Sammlungsgut
 - Kasernierte Volkspolizei
 - Landstreitkräfte, Militärbezirk III und V
 - Militärakademie
 - Luftstreitkräfte, Luftverteidigung
 - Volksmarine
 - Hauptverwaltung Ausbildung, Kasernierte Volkspolizei
 - Militärmedizinische Akademie

1.2.3 *Bundesarchiv – Filmarchiv, Dienstort Berlin*

- Anschrift: Bundesarchiv
Abt. VII – Filmarchiv
Fehrbelliner Platz 3
13585 Berlin
- Telefon: 0 30/86 81–1
- Bestand: Staatliches Filmarchiv der DDR

1.2.4 *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv*

- Anschrift: 4LStiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
– Archiv und Bibliothek –
Wilhelm-Pieck-Str. 1
10119 Berlin
- Telefon: 0 30/4 42 68–37, -38, -39
- Bestände: Zentrale Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen der DDR, u. a.:
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)
 - National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)
 - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
 - Freie Deutsche Jugend (FDJ)
 - Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)
 - Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)
 - Kulturbund (KB)
 - andere Massenorganisationen

1.3 *Archiv für Christlich-Demokratische Politik*

- Anschrift: Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung
Rathausallee 12
53757 St. Augustin

Telefon: 0 22 41/2 46-0
Bestände: – Christlich-Demokratische Union Deutschlands (Ost-CDU)
– Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)

1.4 *Archiv des deutschen Liberalismus*

Anschrift: Archiv des deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung
Theodor-Heuss-Str. 26
51645 Gummersbach
Telefon: 0 22 61/30 02-4 01
Bestände: – Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)

1.5 *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes*

Anschrift: Auswärtiges Amt
Politisches Archiv
Adenauerallee 99-103
53113 Bonn
Telefon: 02 28/17-21 61
Bestände: – Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
– Archiv der Staatsverträge beim Ministerpräsidenten der DDR
– Völkerrechtliche Verträge der NVA

1.6 *Evangelisches Zentralarchiv in Berlin*

Anschrift: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin
Jebenstr. 3
10623 Berlin
Telefon: 0 30/3 10 01-1 07

1.7 *Regionalarchiv Ordinarien Ost*

Anschrift: Regionalarchiv Ordinarien Ost im Bistumsarchiv Erfurt
Hermannsplatz 9
99084 Erfurt
Telefon: 0 36 15/65 72-4 00
Bestände: – Akten der ehem. Berliner Bischofskonferenz

1.8 *Landesarchive der neuen Bundesländer*

1.8.1 *Berlin*

– Landesarchiv Berlin

Anschrift: Landesarchiv Berlin
Kalckreuthstr. 1-2
10777 Berlin
Telefon: 0 30/21 23 31 78

1.8.2 *Brandenburg*

– Brandenburgisches Landeshauptarchiv

Anschrift: Brandenburgisches Landeshauptarchiv
An der Orangerie
14469 Potsdam

Telefon: 03 31/22 97–1, –2

Bestände: – Landtag und Landesregierung der Provinz Mark Brandenburg (1945–1947) und des Landes Brandenburg (1947–1952)
– sämtl. brandenburgischen Kreistage und -verwaltungen bis 1952
– Landesleitung Brandenburg der SED (1946–1952)
– SED-Bezirksparteiarchive Potsdam, Cottbus und Frankfurt/O. incl. Kreisleitungen, abgabepflichtige Grundorganisationen sowie Sammlungsgut

1.8.3 *Mecklenburg-Vorpommern*

– Mecklenburgisches Landeshauptarchiv

Anschrift: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv
Graf-Schack-Allee 2
19053 Schwerin

Telefon: 03 85/54 11

Bestände: – Landtag und Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (1945–1947) und des Landes Mecklenburg (1947–1952)
– sämtl. mecklenburgischen Kreistage und -verwaltungen bis 1952
– Landesleitung Mecklenburg der SED (1946–1952)
– SED-Bezirksparteiarchive Schwerin und Neubrandenburg incl. Kreisleitungen, abgabepflichtige Grundorganisationen sowie Sammlungsgut

– Vorpommersches Landesarchiv Greifswald

Anschrift: Vorpommersches Landesarchiv Greifswald
Martin-Andersen-Nexö-Platz 1
17463 Greifswald

Telefon: 0 38 34/7 72 86

Bestände: – SED-Bezirksparteiarchiv Rostock incl. Kreisleitungen, abgabepflichtige Grundorganisationen sowie Sammlungsgut

1.8.4 *Sachsen*

– Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden

Anschrift: Sächsisches Hauptstaatsarchiv
Archivstr. 14
01097 Dresden

Telefon: 03 51/5 25 01

Bestände: – Sächsischer Landtag und Landesregierung Sachsen (1945–1952)
– sämtl. sächsischen Kreistage und -verwaltungen bis 1952 (außer Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig und Oschatz)
– Landesleitung Sachsen der SED (1946–1952)
– SED-Bezirksparteiarchiv Dresden incl. Kreisleitungen, abgabepflichtige Grundorganisationen sowie Sammlungsgut

– Sächsisches Staatsarchiv Leipzig

- Anschrift: Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
Beethovenstr. 4
04009 Leipzig
- Telefon: 03 41/2 13 26 74
- Bestände: – Kreistage und Kreisverwaltungen Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig und
Oschatz bis 1952
– SED-Bezirksparteiarchiv Leipzig incl. Kreisleitungen und abgabepflichtige
Grundorganisationen
- Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz
- Anschrift: Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz
Schulstr. 38
09125 Chemnitz
- Telefon: 03 71/4 57 39 30
- Bestände: – SED-Bezirksparteiarchiv Karl-Marx-Stadt incl. Kreisleitungen, Gebietslei-
tung Wismut und abgabepflichtige Grundorganisationen

1.8.5 *Sachsen-Anhalt*

- Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt
- Anschrift: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt
Hegelstr. 25
39104 Magdeburg
- Telefon: 03 91/3 01 23
- Bestände: – Landtag und Landesregierung der Provinz Sachsen (1945–1946), der
Provinz Sachsen-Anhalt (1946–1947) und des Landes Sachsen-Anhalt
(1947 bis 1952)
– sämtl. sachsen-anhaltinischen Kreistage und -verwaltungen bis 1952
– Landesleitung Sachsen-Anhalt der SED (1946–1952)
– SED-Bezirksparteiarchiv Magdeburg incl. Kreisleitungen und abgabepflich-
tigen Grundorganisationen
- Landesarchiv Merseburg
- Anschrift: Landesarchiv Merseburg
König-Heinrich-Str. 83
06217 Merseburg
- Telefon: 0 34 61/21 50 02
- Bestände: – SED-Bezirksparteiarchiv Halle incl. Kreisleitungen und abgabepflichtige
Grundorganisationen

1.8.6 *Thüringen*

- Thüringisches Hauptstaatsarchiv
- Anschrift: Thüringisches Hauptstaatsarchiv
Marshallstr. 2
99423 Weimar
- Telefon: 0 36 43/39 33
- Bestände: – Landtag und Landesregierung des Landes Thüringen (1945–1952)
– sämtl. thüringischen Kreistage und -verwaltungen bis 1952
– Landesleitung Thüringen der SED (1946–1952)
– SED-Bezirksparteiarchiv Erfurt incl. Kreisleitungen und abgabepflichtige
Grundorganisationen
- Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt

- Anschrift:** Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt
 Schloß Heidecksburg
 07407 Rudolstadt
Telefon: 0 36 72/2 26 86
Bestände: – SED-Bezirksparteiarchiv Gera incl. Kreisleitungen und abgabepflichtige Grundorganisationen
 – Thüringisches Staatsarchiv Meiningen
Anschrift: Thüringisches Staatsarchiv Meiningen
 Schloß Elisabethenburg, Bibrabau
 98617 Meiningen
Telefon: 0 36 93/29 10
Bestände: – SED-Bezirksparteiarchiv Suhl incl. Kreisleitungen und abgabepflichtige Grundorganisationen

2. Adressen wichtiger russischer Archive*

2.1 Staatlicher Archivdienst der Russischen Föderation

- Anschrift:** uliza Ijinka, 12
 103 132, Moskau
Fax: 00 70 95/2 00 42 05
Telefon: 00 70 95/2 06 35 31
Ansprechpartner: Prof. Rudolf G. Pichoja, Vorsitzender
 Wladimir A. Tjunejew, stellvertr. Vorsitzender
 Wladimir P. Koslow, stellvertr. Vorsitzender
 Walerij I. Abramow, stellvertr. Vorsitzender
 Wladimir P. Tarassow, Leiter Auslandsabteilung
 Kyrill Tschernenkow, Deutschlandreferent

2.1.1 Staatsarchiv der Russischen Föderation

(„Archiv der Oktoberrevolution“)

- Anschrift:** uliza Bolschaja Pirogowskaja, 17
 119 435, Moskau
Fax: 00 70 95/2 45 12 87
Telefon: 00 70 95/2 45 81 41
Ansprechpartner: Sergej W. Mironienko, Direktor
 Alija I. Barkowetz, stellvertr. Direktorin
Bestände u. a.: – Dokumente zur Geschichte der UdSSR
 – Staatliche Zentralbehörden der UdSSR (Oberster Sowjet, Ministerien etc.)
 – Sowjetische Militäradministration in Deutschland (1945–1949)
 – Akten über die NKWD-Lager in Deutschland

* Die Auflistung erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch kann sie im einzelnen für die Aktualität der Angaben bürgen. Detaillierte Informationen und praktische Hinweise „Zur Situation in Moskauer Archiven“ können dem Artikel von Jan Foitzik im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1993 entnommen werden.

2.1.2 *Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen*

(„Sonderarchiv“)

Anschrift: uliza Wyborgskaja, dom 3, korpus A

125 212, Moskau

Telefon: 00 70 95/1 59 74 71

1 59 73 83

Ansprechpartner: Mansur M. Muhamedschanou, Direktor

Wladimir Korotajew, stellvertr. Direktor

Bestände u. a.:

- zentrale deutsche Reichsbehörden sowie Institutionen, Verbände und Personen von übergeordneter Bedeutung
- regionale deutsche Behörden sowie Institutionen, Verbände und Personen von regionaler Bedeutung
- Aktenbestände österreichischer Provenienz
- Dokumente, die die Deutschen in besetzten Ländern erbeuteten
- Dokumente von Verlagen, Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten im Exil
- Dokumente und Sammlungen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten
- Dokumente von Freimaurerlogen
- Bestände sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen in Deutschland

2.1.3 *Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte*

(Zentrales Parteiarchiv der KPdSU bis Oktober 1952)

Anschrift: uliza Puschkinskaja, 15

102 821, Moskau

Fax: 00 70 95/2 92 90 17

Telefon: 00 70 95/2 00 51 12

2 29 97 26

2 92 48 65

Ansprechpartner: Prof. Kyrill N. Anderson, Direktor

Oleg V. Naumow, stellvertr. Direktor

Andrej W. Doronin, Leiter der Auslandsabteilung

Galina W. Gorskaja, Leiterin der Benutzungsabteilung

E. N. Schachnasarowa, Leiterin der Sektion

„Internationale Arbeiterbewegung“ (= Komintern-Archiv)

Bestände u. a.:

- Akten aller Sektionen der Kommunistischen Internationale
- Parteidokumente der KPdSU bis 1952
- Allgemeine Materialien des ZK der KPdSU
- Akten der „Internationalen Abteilung“ des ZK der KPdSU
- Nachlässe führender kommunistischer Parteifunktionäre (Stalin, Mikojan, Kusnezow, Molotow, Shdanow et. al.)
- Dokumente wichtiger sozialistischer Theoretiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts (Feuerbach, Herwegh, Lassalle, Proudhon u. a.)

2.1.4 *Zentrum zur Aufbewahrung von zeitgenössischen Dokumenten*

(Archiv des Zentralkomitees der KPdSU ab Oktober 1952)

- Anschrift: uliza Iljinka, 12, podjezd 8
103 132, Moskau
- Telefon: 00 70 95/2 06 21 28
2 06 52 28
- Ansprechpartner: Natalja M. Tomilina, amtierende Direktorin
Dr. Anatolij D. Tschernew, Leiter der Publikationsabteilung
- Bestände u. a.:
- Parteidokumente der KPdSU 1952 bis 1991
 - Protokolle der ZK-Sitzungen
 - Unterlagen der ZK-Abteilungen und Sekretariate
 - Akten der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU

2.2 *Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation („Kreml-Archiv“)*

- Anschrift: uliza Iljinka, 12
103 132, Moskau
- Ansprechpartner: Alexandr W. Korotkow, Leiter
Prof. Rudolf G. Pichoja, Vorsitzender des Staatl. Archivdienstes
Prof. Dimitrij Wolkogonow, Vorsitzender der Parlamentskommission für die russischen Archive
- Bestände u. a.:
- Unterlagen des Politbüros der KPdSU von 1952 bis 1985
 - Berichte des sowj. Botschafters Semjonow über seine Teilnahme an Politbürositzungen der SED
 - geheime Zusatzprotokolle zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom August 1939
 - Unterlagen über die Ermordung polnischer Offiziere, Soldaten und Zivilpersonen in Katyn
 - weitere wichtige Einzeldokumente und aus anderen Archiven entnommene Teilbestände

2.3 *Historisch-Dokumentarische Verwaltung des Außenministeriums der Russischen Föderation*

- Anschrift: Smolenskaja Sennaja Pl., dom 32/34
121 200, Moskau
- Telefon: 00 70 95/2 44 29 38
2 44 36 32
2 44 27 49
- Ansprechpartner: Igor V. Lebedew, Leiter
Wladimir W. Sokolow, Leiter der Archive

2.3.1 *Archiv der Außenpolitik des Russischen Reiches*

- Anschrift: uliza B. Serpuchowskaja, 15
Moskau
- Telefon: 00 70 95/2 36 83 97
- Ansprechpartner: Igor W. Budnik, Leiter
- Bestände u. a.:
- Akten zur Außenpolitik des Russischen Reiches bis 1917

2.3.2 *Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation*

Anschrift: Plotnikow pereulok, 11
121 200, Moskau
Fax: 00 70 95/2 93 88 46
Telefon: 00 70 95/2 44 16 06
2 41 51 12
2 44 29 38
Ansprechpartner: Jelena W. Belewitsch, Leiterin
Bestände u. a.: – Akten zur Außenpolitik der Sowjetunion und der Russischen Föderation ab
1917
– Akten des Alliierten Kontrollrates
– Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland
– Akten der Sowjetischen Kontrollkommission in der DDR
– Akten des sowjetischen Hohen Kommissars in Deutschland

2.4 *Zentrales Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit Rußlands*

(Zentrales KGB-Archiv)

Anschrift: Lubjanka, 2
101 000, Moskau
Fax: 00 70 95/9 75 24 70
Telefon: 00 70 95/2 24 31 49
2 24 50 97
Ansprechpartner: Generalmajor Anatolij A. Krajuschkin, Leiter der Archivverwaltung
Leonid V. Ljukjanow, Referent im Zentrum für öffentliche Verbindungen des
Ministeriums für Staatssicherheit Rußlands
Bestände u. a.: – Akten des KGB
– Akten des NKWD
– Filtrationsakten
– dt. „Trophäenarchiv“

2.5 *Zentrales Archiv des Innenministeriums der Russischen Föderation*

Anschrift: uliza Mjasnitszkaja, 3
Moskau
Fax: 00 70 95/2 39 57 68
Telefon: 00 70 95/2 39 57 68
Ansprechpartner: J. F. Tupikow, stellvertr. Direktor

2.6 *Historisch-Archivarisches Zentrum des Generalstabs der Streitkräfte Rußlands*

Anschrift: uliza Snamenko, 19
103 160, Moskau,
Telefon: 00 70 95/2 96 53 48
2 96 88 46
2 03 43 48
Ansprechpartner: Oberst Igor Wenkow, Leiter Oberst Viktor W. Muchin

Benutzeranträge sind zu richten an:

Generaloberst Anatolij N. Klejmenow, stellvertr. Chef des russischen Generalstabs

2.6.1 *Militärarchiv in Podolsk:*

Anschrift: uliza Kirowa, 74
142 117 g. Podolsk (Moskowskaja oblast)

Ansprechpartner: Oberst Nikolaj P. Briljow, Leiter
Oberstleutnant Tschuwaschin, stellvertr. Leiter

Bestände u. a.:

- deutsche Wehrmachtsakten
- Akten der sowjetischen und russischen Streitkräfte ab 1941 (ohne Marine/Luftwaffe)
- Akten der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee

2.6.2 *Russisches Staatliches Militärarchiv*

Anschrift: uliza Admirala Makarowa, 29
125 884, Moskau

Telefon: 00 70 95/1 59 80 91

Ansprechpartner: Viktor F. Saporoschtschenko, Direktor

Bestände u. a.:

- Militärakten der Zeit von 1917 bis 1941

2.7 *Memorial*

Anschrift: ul. Profsojusnaja, 80
117 393, Moskau

Fax: 00 70 95/9 73 20 94

Telefon: 00 70 95/2 09 78 83
2 09 78 83

Ansprechpartner: Nikita Ochotin, Vorsitzender
Nikita V. Petrow, Mitarbeiter